



82. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 14. Februar 2020

Mitteilungen des Präsidenten	3	3 Nichtstun ist keine Option: Landesregierung muss aus ihrem Winterschlaf erwachen und endlich ein Altschulden-Konzept vorlegen	
1 Nordrhein-Westfalen bleibt das Stau-land Nummer 1 in Deutschland: Wann löst die Landesregierung endlich ihr Wahlversprechen ein?		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/8575	26
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8620	3	Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	26
Carsten Löcker (SPD)	3	Guido Déus (CDU)	27
Olaf Lehne (CDU)	5	Hans-Willi Körfges (SPD)	29
Arndt Klocke (GRÜNE)	8	Henning Höne (FDP)	31
Bodo Middeldorf (FDP)	10	Sven Werner Tritschler (AfD)	32
Nic Peter Vogel (AfD)	11	Ministerin Ina Scharrenbach	33
Minister Hendrik Wüst	12	Ergebnis	34
Susana dos Santos Herrmann (SPD)	14	4 'Nacht der Solidarität' auch für Obdachlose in Nordrhein-Westfalen – niemand darf aus dem System fallen.	
Olaf Lehne (CDU)	16	Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8587	34
Arndt Klocke (GRÜNE)	17	Dr. Martin Vincentz (AfD)	35
Nic Peter Vogel (AfD)	18	Katharina Gebauer (CDU)	35
2 Situation des Zeitungsmarktes in Nordrhein-Westfalen 2019 und seine digitale Entwicklung		Anja Butschkau (SPD)	36
Große Anfrage 13 der Fraktion der SPD Drucksache 17/6777		Stefan Lenzen (FDP)	38
Antwort der Landesregierung Drucksache 17/8469 – Neudruck	19	Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	40
Alexander Vogt (SPD)	19	Minister Karl-Josef Laumann	41
Andrea Stullich (CDU)	20	Ergebnis	42
Thomas Nücker (FDP)	21		
Oliver Keymis (GRÜNE)	22		
Sven Werner Tritschler (AfD)	24		
Ministerin Ina Scharrenbach	25		

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Armin Laschet
Minister Peter Biesenbach
Ministerin Yvonne Gebauer
Ministerin Ursula Heinen-Esser
Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner
Minister Dr. Joachim Stamp

Christina Schulze Föcking (CDU)

Christian Dahm (SPD)

Gordan Dudas (SPD)

Andreas Kossiski (SPD)

Norbert Römer (SPD)

Prof. Dr. Karsten Rudolph (SPD)

Ralph Bombis (FDP)

Horst Becker (GRÜNE)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle herzlich zu unserer 82. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen.

Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

(Unruhe – Glocke)

Für die heutige Sitzung haben sich **zwölf Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Damit rufe ich auf:

1 Nordrhein-Westfalen bleibt das Stauland Nummer 1 in Deutschland: Wann löst die Landesregierung endlich ihr Wahlversprechen ein?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8620

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 10. Februar 2020 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu dieser aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem hier vorne schon bereitstehenden Abgeordneten Lcker das Wort. Bitte schön.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Carsten Lcker* (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herzlich willkommen im Stauland Nummer eins, in Nordrhein-Westfalen! Die Staubilanz für das Jahr 2019 ist erschütternd. Wie der ADAC am 6. Februar dieses Jahres mitgeteilt hat, wird die Situation auf unseren Autobahnen immer schlimmer.

NRW ist das Stauland Nummer eins, meine Damen und Herren. Wir liegen damit in der Bundesrepublik an der Spitze. Insgesamt nahm die Staubelastung gegenüber dem Jahr 2018 sogar noch um weitere 8,6 % zu.

Sie werden jetzt sagen: Was ist daran aktuell? Das haben wir in der letzten Woche schon gehört. – Ja, das sind unangenehme Zahlen. Neu ist in diesem Zusammenhang: Die Staubelastung als neue Kerngröße des ADAC beschreibt jetzt auch die räumlich-zeitliche Ausdehnung der Staus. Das ist eine wichtige Messgröße. Sie wird ermittelt, indem man die

Länge in Kilometern und die Dauer in Minuten bzw. Stunden eines Staus miteinander multipliziert.

Das spiegelt dann auch die Erlebenswelt der Pendler in unserem Land deutlich wider. Die reine Staulänge an sich ist ein wichtiger Hinweis. Wie lange man braucht, um diese Kilometer zurückzulegen, ist aber ein weiterer Indikator, der die Misere in unserem Land ziemlich deutlich beschreibt.

Ich will Ihnen heute Morgen einen kleinen Erlebnisbericht von gestern Nachmittag geben. Gerne habe ich mich um 16 Uhr auf den Weg zur Alevitischen Gemeinde in Marl gemacht. Sie hatte für 18 Uhr eine Veranstaltung angesetzt, weil es möglicherweise einen Anschlag auf das Gotteshaus gegeben hatte. Ich bin hier um 16 Uhr losgefahren, um um 18 Uhr in Marl zu sein. Das sind ganze 76 km, meine Damen und Herren.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie wissen aber, dass es da gestern einen schweren Unfall mit Toten gegeben hat?)

Und was soll ich Ihnen sagen? Zwei Stunden hatte ich eingeplant. Gebraucht habe ich 3:40 Stunden – für 76 km.

(Zurufe von der SPD, der CDU und der FDP – Unruhe – Glocke)

Jetzt können Sie ja sagen, Marl, eine Stadt mit 82.000 Einwohnern, liege womöglich irgendwo in der Pampa. Nein, zwei Autobahnen und Bahnstrecken führen dort vorbei; es ist ein Industriestandort mit 10.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. – So viel zum Elend in diesem Land und dazu, wie lange man braucht, um Städte im nördlichen Ruhrgebiet zu erreichen.

(Beifall von der SPD)

Sie sind hier angetreten, um es besser zu machen. Sie haben ja 2017 wissen lassen, dass es Ihre Aufgabe sei, dafür zu sorgen, dass man nicht mehr so oft ins Lenkrad beißen müsse. Ich habe mir heute Morgen gedacht: Ich bringe Ihnen einmal ein neues Gebiss mit; denn so oft haben Sie noch gar nicht reingebissen, wie Sie in den nächsten Jahren noch reinbeien müssen.

(Carsten Lcker [SPD] hält ein künstliches Gebiss hoch. – Beifall von der SPD – Heiterkeit – Unruhe)

Damit sollten sich alle einmal beschäftigen. Sie sollten einmal überlegen, ob Sie sich nicht damit versorgen sollten.

(Zurufe)

Denn es ist in Köln und Bielefeld nicht anders. Da können Sie sich sicher sein. Und es waren ja Ihre Versprechen, die die Menschen im Land als Hoffnungsberschuss aus der Wahl 2017 mitgenommen haben, dass es tatsächlich besser wird.

Im Gegenteil, lieber Herr Vossemer! Sie lachen über diese Kennzahlen nur. Das ist genau das, was die Menschen im Land nicht mehr haben wollen.

(Unruhe – Glocke)

Die Menschen wollen, dass der Verkehrsminister und Sie liefern. Liefern Sie endlich! Machen Sie das, was Sie zugesagt haben, Herr Löttgen.

(Beifall von der SPD)

Geben Sie Gas – um in der Autofahrersprache zu bleiben.

Wenn Sie glauben, dass es ausreicht, nur in die Statistik zu schauen, sage ich Ihnen noch einmal ausdrücklich: Wir brauchen eine Verkehrswende, ja. Darüber haben wir am Mittwoch gesprochen. Aber es wird nicht genügen, nur Bundesgeld durchzureichen und so zu tun, als könne man zig neue Autobahnkilometer eröffnen, um den Menschen damit zu versprechen, dass es in der Zukunft besser wird. Es wird nicht besser werden. Ihre Statistik weist das auch aus.

Sie müssen nicht nur noch zur Kenntnis nehmen, dass es nicht besser wird. Sie müssen den Menschen auch sagen, dass Ihre Kampagne von 2017 in die Irre führt.

(Beifall von der SPD)

Sie führt nämlich dazu, dass die Menschen der Politik nicht mehr vertrauen, dass die Versprechen, die sie gibt, in Zukunft auch eingelöst werden.

Ich werde heute Morgen auch damit aufräumen,

(Zuruf von der CDU)

dass Sie ankündigen, man müsse nur genügend Geld in diesem Land in alle Verkehrssysteme investieren, gerne auch in die Bahn und gerne auch in die Binnenschifffahrt, und dann werde es besser. Nein, meine Damen und Herren, es wird nicht besser. Mit Blick auf Ihren eigenen Ausblick, den Sie für die nächsten Jahre geben, sind die Kurven beim Pkw-Verkehr, beim Lkw-Verkehr, auf der Schiene und auf den Wasserstraßen so.

(Carsten Löcker [SPD] deutet eine ansteigende Kurve an.)

Hören Sie endlich auf, so zu tun, als könnten Sie dieses Land bewegen. Sie bewegen gar nichts in diesem Zusammenhang. Gar nichts! Das sage ich Ihnen ausdrücklich.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

Deshalb geht es heute auch darum, an Ihr Versprechen zu erinnern. Sie wollten eine Verkehrswende einleiten. Wo ist Ihr Konzept?

(Zurufe von der CDU)

Wo sind die Wirkungen, die Sie versprochen haben?

(Zurufe von der CDU)

Wo sind die Menschen, die Ihnen an der Stelle vertrauen können? Bisher haben Sie nichts geliefert. Sie haben einen Minister, der das Geld ausgibt, das wir in 2016 und 2017 besorgt haben.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU und der FDP)

– Ja. Herr Middeldorf, Sie können gerne gleich vortragen, wer die Regionalisierungsmittel besorgt hat, die Sie jetzt ausgeben.

(Zurufe von der CDU)

Es war unser Verkehrsminister, der die Milliarden besorgt hat.

(Beifall von der SPD – Michael Hübner [SPD]:
Sehr gut! – Zurufe von der CDU und der FDP)

– Nein, wir waren es, die das in Berlin durchgesetzt haben.

(Unruhe – Glocke)

So ist das.

(Unruhe)

Präsident André Kuper: Herr Kollege Löcker, bitte warten Sie einmal. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Lärmpegel ist zu hoch. Bitte seien Sie etwas leiser.

(Zurufe von der CDU)

Carsten Löcker* (SPD): Ich kann ja einmal etwas leiser reden. – Es war unsere Ministerpräsidentin, die klug verhandelt und dafür gesorgt hat, dass wir das Geld jetzt zur Verfügung haben. So war das.

(Beifall von der SPD)

So war das. Ja.

Tun Sie deshalb nicht so, als ob wir die Probleme verursacht hätten. Sie waren mindestens beteiligt. Das nötige Geld war nicht da. Jetzt haben Sie einen Minister, der das Geld ausgibt. Das soll er machen. Damit sind wir sehr einverstanden.

Aber die Prioritäten wollen wir gemeinsam setzen. Es reicht eben nicht aus, nur Autobahnen zu eröffnen. Wir brauchen auch massive Investitionen in den Schienenverkehr und in die Binnenwasserstraßen; denn nur das wird dazu führen, dass auch der Zuwachs an Güterverkehr und der zusätzliche Straßenverkehr überhaupt bewältigt werden können. Ansonsten läuft das alles ins Leere. Man könnte auch sagen: Der Verkehrs-Tsunami wird über uns kommen. Wir werden alle hier sitzen und uns wundern, dass wir nichts bewegt haben.

In diesem Sinne: Ein wenig mehr Ehrlichkeit und Redlichkeit in der Diskussion wären schon angesagt, Herr Vossemer. Sie haben gleich die Gelegenheit, hier vorzutragen und den Menschen in diesem Land die Wahrheit zu sagen. Versuchen Sie es einmal damit, und sagen Sie den Menschen, dass Ihre Kampagne eine erbärmliche Kampagne war,

(Beifall von der SPD)

die nichts anderes zum Ziel hatte, als Stimmung gegen Rot-Grün zu machen. Bewegen Sie sich einmal. Bewegen Sie das Land. Dann werden Sie auch die entsprechende Zustimmung bekommen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Dann kommen wir auch in der Debatte über unsere selbst gesteckten Klimaschutzziele weiter; denn die Redlichkeit in dem Zusammenhang brauchen wir ja auch.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Herr Hovenjürgen, Sie können hier ruhig Einwände äußern. Das ist alles in Ordnung. Sie wohnen ja direkt am Chemiepark in Marl. Sie wissen doch, wer da morgens später an den Werkstoren steht, weil er auf der Autobahn zwei oder drei Stunden braucht. Sie können im Wahlkreis also auch etwas dazu beitragen. Denn ich sitze in den Bürgersprechstunden und muss mich für Ihre Politik beschimpfen lassen. Das sage ich Ihnen. So ist das.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU – Unruhe)

So ist das. Ja.

(Zurufe von der CDU)

Deshalb sage ich hier einen letzten Satz. Ich traue mich nicht, da zu lachen, Herr Hovenjürgen.

(Zurufe von der CDU)

Wenn Sie den Leuten dafür ein Lächeln schenken wollen, können Sie das gerne tun. Ich bleibe ernst und verspreche, dass ich mich dafür einsetzen will, dass es in diesem Land besser wird. Sie können darauf wetten, dass wir das tun. Wir werden Sie daran messen, ob Sie Ihre Versprechen einhalten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Lehne das Wort.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Unruhe)

Olaf Lehne (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

Ich fühle mich verleitet, Sie mit dem Wort „Helau!“ zu begrüßen.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Der „Närrische Landtag“ ist eigentlich zu Ende.

Ich finde es zumindest gut und auch erwähnenswert, dass Herr Löcker über sich selbst lachen kann; denn ernst nehmen kann man das, was er gerade erklärt hat, leider eigentlich nicht.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Sollten Sie aber!)

Sie leiden anscheinend unter einem hundertprozentigen Realitätsverlust.

(Michael Hübner [SPD]: Wenn viele weiße Lichter entgegenkommen, weiß man, wer man ist: Der Geisterfahrer!)

Mit Ihren Anträgen in dieser Plenarwoche haben Sie sich wieder selbst ein Bein gestellt.

(Zurufe von der SPD)

– Zuhören hilft. – Herr Präsident, Zuhören hilft.

(Unruhe)

Am Mittwoch verdeutlichte Ihr Entschließungsantrag zu einem Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen erneut die Uneinigkeit Ihrer Partei in Bezug auf wichtige Themen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Bedenken Sie, dass Ihr Parteivorsitzender in Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit gegen ein Tempolimit gestimmt hat,

(Michael Hübner [SPD]: Seit 15 Jahren ist die Frage geklärt, Herr Lehne! Seit 15 Jahren!)

genauso Herr Mützenich als SPD-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag. Geschlossenheit in den eigenen Reihen sieht eindeutig anders aus.

(Marc Herter [SPD]: Wie kann man so einen Unsinn erzählen? – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Unruhe)

Heute wagen Sie sich mit der von Ihnen beantragten Aktuellen Stunde zur Staubilanz des ADAC erneut auf für Sie dünnes und besonders glattes Eis. – Oh, es geht ja doch ruhig.

Glauben Sie wirklich, dass die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen vergessen hätten, welche Partei unser Bundesland über Jahrzehnte regiert hat?

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Ihre Partei war 51 Jahre lang in Regierungsverantwortung. Ich frage mich, was Sie in all den Jahrzehnten für die Verbesserung der Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen getan haben.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sie haben die Infrastruktur vergammeln lassen. Schließen Sie doch bitte einmal die Augen; dann sehen Sie, was unser Verkehrsminister Hendrik Wüst 2017 in den Schubladen des Ministeriums vorgefunden hat.

(Zuruf von der SPD: Das sehe ich jeden Morgen, wenn ich nach Düsseldorf fahre!)

Oliver Wittke hatte 2005 gar nichts vorgefunden:

(Zurufe von der SPD)

keine Planung, keine Förderanträge und keine Sanierungsvorhaben – einfach nichts.

(Unruhe – Glocke)

Jetzt stellen Sie sich allen Ernstes hierhin und fragen, warum die Landesregierung aus CDU und FDP in den zweieinhalb Jahren Regierungszeit

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Drei!)

das Stauproblem in unserem Land noch nicht gelöst hat. Schämen Sie sich!

(Jochen Ott [SPD]: Wer hat es denn versprochen?)

Das schlägt wohl dem Fass den Boden aus.

Verkehrsminister Hendrik Wüst hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass das Stauproblem in unserem Land nicht von heute auf morgen zu lösen ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nachdem er Minister war! Vorher nicht!)

Der Sanierungsstau von gestern, den wir dank Ihnen haben, ist der Stau von heute und morgen. Zunächst bleibt es also Ihr Stau, wie es auch Ihre Schulden bleiben.

(Zurufe von der SPD)

Auch die sehr gute Verkehrspolitik unserer Landesregierung

(Lachen von der SPD)

kann das nicht in nur einigen Jahren in den Griff bekommen. Das wird eine Aufgabe von mindestens einem Jahrzehnt bleiben.

(Marc Herter [SPD]: Können wir das bitte direkt ins Autoradio übertragen?)

CDU und FDP gaukeln den Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens keine Schönwetterpolitik vor und werfen nicht mit einfachen Lösungen zu komplexen Problemstellungen oder mit dem Verdrängen

von Wahrheit, wie Sie es gerade gemacht haben, um sich.

Die Bürger verstehen durchaus, dass Brückensanierung, Straßen- und Radwegeausbau sowie ein gesteigertes ÖPNV-Angebot und neue Fahrzeugtechnologien nicht „hex! hex! hex!“ hingezaubert werden können.

(Zurufe von der SPD)

Ich denke, es ist an der Zeit, dass Sie aus Ihrer Bibi-Blocksberg-Zauberwelt ausbrechen, den Tatsachen ins Auge blicken und die Bürger nicht weiter für blöd verschaukeln.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber mit der Blocksberg-Politik haben Sie doch Wahlkampf gemacht! – Weitere Zurufe)

– Wer dazwischenbrüllt, tut das noch mehr.

(Beifall von der CDU)

Alleine die Politik von Rot-Grün hat die derzeitige Stauproblematik in unserem Land verursacht.

(Lachen von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir hatten keine 500 km!)

– Ich kann den Satz gerne wiederholen. – In Ihrer Regierungsverantwortung haben sich die Stauzahlen 2016 im Vergleich zu 2012 verdoppelt.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Von Juni 2005 bis Juni 2010 wurden unter CDU und FDP 88 Planfeststellungsverfahren für Bundesfernstraßen- und Landesstraßenprojekte zu Ende gebracht und weitere eingeleitet.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben doch die Planer abgeschafft!)

– Ich denke, Sie wollen hören, was passiert ist. Anscheinend wollen Sie es nicht hören.

Im deutlich längeren Zeitraum von Juli 2010 bis Dezember 2016 erfolgten unter der Versagerregierung in rot-grüner Verantwortung lediglich 49 Planfeststellungsbeschlüsse. Deshalb haben wir doch heute die großen Planungsdefizite.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Weil Sie die Planer abgeschafft haben!)

Allein im Jahr 2013 musste Nordrhein-Westfalen 48 Millionen Euro an Bundesmitteln aufgrund fehlender Planungsreserven für den Bundesfernstraßenbau zurückgeben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Weil Sie die Planer abgeschafft haben!)

– Das haben Sie verursacht. – Dies war eine rot-grüne Meisterleistung. Kein anderes Bundesland hat so etwas jemals geschafft.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

In den Jahren 2016 und 2017 haben Sie nur 32 Millionen Euro in den Landesstraßenbau investiert. Das ist das niedrigste Investitionsvolumen seit der Aufzeichnung überhaupt.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Sehr gut! Ja!)

Und jetzt beklagen Sie sich allen Ernstes darüber, dass wir in Nordrhein-Westfalen Staus haben. Mit Ihrer sozialistischen Verhinderungspolitik

(Lachen von der SPD)

haben Sie das größte Bundesland Deutschlands für Jahrzehnte ausgebremst.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Jochen Ott [SPD]: Herr Lehne in voller Fahrt! Steht mit dem Porsche im Stau!)

Auch die meisten Brücken in unserem Land sind marode. Das sind Sie auch schuld, weil Sie es einfach ausgesessen und nichts getan haben. Lediglich drei Brücken über den Rhein – und der ist in Nordrhein-Westfalen verdammt lang – sind noch voll funktionsfähig.

Präsident André Kuper: Lieber Kollege, darf ich Sie gerade einmal unterbrechen?

(Unruhe – Glocke)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam den Lärmpegel herunterfahren. Ich appelliere wirklich noch einmal an Sie: Rede und Gegenrede.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann darf er nicht provozieren! – Heiterkeit von der SPD)

Olaf Lehne (CDU): Ich bin fassungslos. – Auf der Sauerlandlinie A45 werden in den kommenden Jahren fünf große Talbrücken erneuert. CDU und FDP sagen den Bürgern klar, was Sache ist und wo in den nächsten Jahren gebaut und saniert wird.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Wir setzen keine Scheuklappen auf, wie Sie das tun. Wenn Sie in Ihrem Antrag schon aus der ADAC-Staubilanz zitieren, dann tun Sie das doch bitte auch korrekt und nicht, wie es Ihre Art ist, plakativ und aus dem Zusammenhang gerissen.

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist Ihnen ja völlig fremd! – Jochen Ott [SPD]: „Plakativ“ ist ein gutes Stichwort!)

4 % weniger Stauereignisse meldete der ADAC in seiner Staubilanz 2019 für Nordrhein-Westfalen – minus 6,8 % bei der Staulänge, aber ein Plus bei der Staudauer. Zugleich nahm die generelle Bautätigkeit ebenso zu wie die Verkehrsbelastung.

(Marc Herter [SPD]: Die Verkehrsbelastung hat ja auch zu unserer Zeit nie zugenommen!)

Diese unterschiedlichen Entwicklungen beruhen auf der starken Zunahme der Staudauer an speziellen Baustellen, die auf Autobahnen mit besonders hoher Verkehrsbelastung liegen.

Selbstverständlich stehen wir in Nordrhein-Westfalen zu lange und zu viel im Stau. Aber es hilft doch nichts, mit dem Finger auf andere zu zeigen, nur um die eigenen Fehler der Vergangenheit vertuschen zu wollen.

(Lachen von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit zehn Fingern haben Sie das gemacht!)

Sie vertuschen ausschließlich. Ihre Masche haben die Bürgerinnen und Bürger erkannt und Sie deshalb abgewählt.

Die Landesregierung aus CDU und FDP setzt alles daran, um Nordrhein-Westfalen wieder auf die Überholspur zu bringen. CDU und FDP investieren so viel Geld wie nie zuvor. So flossen im Jahr 2019 1,47 Milliarden Euro in die Autobahnen und Bundesstraßen. Mit 256,7 Millionen Euro gab es Rekordinvestitionen in die Landesstraßen.

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Seit Ende 2018 werden Baustellen systematisch baulast- und verkehrsübergreifend erfasst und koordiniert.

Damit sich die Stausituationen unserem Land entspannt, setzen wir auf ein Zusammenspiel aller Verkehrsträger, ohne die Nutzung unterschiedlicher mobiler Möglichkeiten gegeneinander auszuspielen.

Wir setzen uns insbesondere für eine Verbesserung des Angebots im ÖPNV ein, wo Sie auch versagt haben. Dafür investiert die Landesregierung 60 % des Etats des Verkehrsministeriums, also 1,8 Milliarden Euro.

Das müsste Sie eigentlich begeistern. Aber es begeistert Sie deshalb nicht, weil Sie den Verkehr insgesamt blockieren und nicht gestalten wollen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

2019 finanzierte Nordrhein-Westfalen 70 km neue Radwege. Auch in diesem Jahr werden rund 47 Millionen Euro in den Ausbau von Radwegen investiert.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Aber kein Cent mehr in den Radwegeausbau!)

So viel wurde von keiner anderen Landesregierung zuvor in den Ausbau von Radwegen gesteckt.

Stehen Sie zu Ihren Fehlern der Vergangenheit, und bekennen Sie sich zu ihnen,

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

statt unsinnige Aktuelle Stunden zu beantragen. Unterstützen Sie die Landesregierung aus CDU und FDP dabei, das zu verbessern, was Sie verbockt haben – für eine bessere Mobilität in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Marc Herter [SPD]: Ach, Herr Lehne!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Herr Klocke das Wort.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann nur hoffen, dass heute nicht allzu viele Menschen am Livestream bei dieser Debatte zuschauen; denn das Thema ist viel zu ernst, als dass wir es hier zu einer Karnevalsnummer machen sollten.

Auch wenn ich selbst gerne lache – ich bin ja aus Ostwestfalen ins Rheinland ausgewandert –,

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Bei mir war es umgekehrt! Ich bin vom Rheinland nach Westfalen ausgewandert! Das gleicht sich dann wieder aus!)

muss ich sagen: Diese Debatte um das Stauland NRW bedarf viel mehr Ernst, als das bisher in den Redebeiträgen zum Ausdruck gekommen ist.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Kollege Lehne, Sie hatten die einmalige Chance – diese Chance hat Christian Lindner ja gestern im Bundestag genutzt –, sich für die Wahlkampagne des Jahres 2017 zu entschuldigen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das wäre ehrlich gewesen. Ich habe zwar, anders als Kollege Löcker, kein Gebiss dabei. Aber die Wahlplakate sind alle noch im Internet zu finden:

„Schneller. Mehr Bewegung. Weniger Stau. Deshalb CDU.“

„Wozu noch Frühstück? Ich beiß jeden Tag beim Stau ins Lenkrad.‘ Uns reicht’s! Wir wählen CDU.“

Das ist ein Plakat, das eher an den AfD-Style erinnert.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Doch, doch, doch. Dieses Plakat ist schon sehr populistisch, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU. Sehr, sehr populistisch!

(Beifall von Frank Börner [SPD])

Oder Herr Lindner im Unterhemd morgens hinter dem Steuer:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Feinripp!)

„Nicht Pendler sollten früher aufstehen, sondern die Landesregierung. Wir brauchen den Wechsel. Deshalb FDP wählen.“

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Drei Jahre später hat sich in diesem Bereich nichts getan. Wir haben mehr Staus in NRW.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Selbst das Unterhemd ist das gleiche geblieben!)

Und der Verkehrsminister meint, dann noch einen peinlichen Streit zwischen dem Verkehrsministerium und dem ADAC darüber führen zu müssen, welche Staustatistik denn jetzt die bessere sei.

Sie könnten doch eingestehen, dass die Worte von Mike Groschek vor einigen Jahren ehrlich waren, als er sagte: Jetzt kommt ein Jahrzehnt der Baustellen. – Zu sagen, dass wir in den nächsten Jahren unsere Infrastruktur sanieren müssen – das war ehrliche Politik.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Stattdessen haben Sie den Leuten Sand in die Augen gestreut, dann einen knappen Wahlsieg eingefahren, und drei Jahre später merken Sie, dass das nicht einzuhalten ist. Das ist die Lage. Deswegen führen wir heute diese Debatte.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Lieber Kollege Löcker, eines kann man der CDU nun wirklich nicht vorwerfen – Sie haben es aber vorhin getan –: Die CDU hat im Wahlkampf keine Verkehrswende versprochen. Sie hat nicht versprochen, dass wir zu einer Änderung unseres Mobilitätsverhaltens kommen, sondern setzt auf die alten Antworten.

(Henning Rehbaum [CDU]: Mehr Radwege, mehr ÖPNV!)

Wenn man sich den Haushalt 2020 ansieht, zeigt sich, dass es keinen Cent mehr für den Radwegebau gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen.

(Henning Rehbaum [CDU]: Das ist ja Unsinn!)

Es ist zwar eine kluge Entscheidung, „Aufbruch Fahrrad“ anzunehmen. Aber was heißt es denn, „Aufbruch Fahrrad“ und „Mobilitätswende“ zu sagen? Das heißt, dass wir massiv in den Ausbau von Radwegen und anderer Infrastruktur investieren müssen. In diesem Haushalt nehmen Sie aber keinen Cent mehr in die Hand.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU] – Klaus Vossemer [CDU]: Mehr als Rot-Grün!)

– Nein. Schauen Sie in den Haushalt. Es gibt für den Radwegebau in diesem Jahr keinen Cent mehr.

(Henning Rehbaum [CDU]: Gegenüber 2017!)

Es ist der gleiche Etatansatz wie in 2019. Ich kann ja ganz gut lesen.

(Zurufe von Klaus Vossemer [CDU] und Bodo Löttgen [CDU])

Wir hätten heute die Chance gehabt bzw. haben sie noch – die Abstimmung im Bundesrat ist ja noch nicht gelaufen –, etwas gegen Staus zu tun, indem wir für ein Tempolimit plädieren.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Alle Verkehrsforscherinnen und Verkehrsforscher sind sich einig:

(Dietmar Brockes [FDP]: Quatsch!)

Mit einer vernünftigen Tempobegrenzung

(Unruhe – Glocke)

kommen wir zu flüssigerer Mobilität auf unseren Bundesfernstraßen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP] – Gegenruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Lieber Kollege Lehne, ich hatte am Mittwoch leider keine Redezeit mehr. Sie haben uns vorgeworfen, wir würden mit dem Tempolimit eine ideologische und populistische Politik machen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Oh ja!)

Der Streit wird doch bei Ihnen in der Landesregierung geführt. Da gibt es die Landesumweltministerin, die in der „Westdeutschen Zeitung“ am 29.01.2020 erklärt, sie könne durchaus Gefallen an einem Tempolimit finden, und da gibt es den Landesverkehrsminister, offensichtlich unterstützt vom Ministerpräsidenten, der in die andere Richtung geht.

In der Bundesregierung ist es immerhin so, dass die Parteifarben unterschiedlich sind. Da gibt es die SPD-Umweltministerin, die dafür plädiert, und den CSU-Verkehrsminister, der sich dagegen ausspricht. Hier ist es eine Partei. Sie haben in dieser Frage keine klare Linie.

Ein vernünftiges Tempolimit würde auch die Staus in Nordrhein-Westfalen reduzieren, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Unsinn!)

– Das ist kein Unsinn. Das ist die Wahrheit.

(Dietmar Brockes [FDP]: Nein, das ist Unsinn!)

– Lesen Sie sich die ganzen Gutachten durch. Jeder Verkehrswissenschaftler wird es Ihnen bestätigen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch.

(Dietmar Brockes [FDP]: Großer Quatsch!)

Wir von Rot-Grün haben in unserer Regierungszeit dafür gesorgt, dass es in Nordrhein-Westfalen mehr Geld für den Verkehrsbereich gibt.

(Bodo Löttgen [CDU]: Wir haben Geld zurückgegeben! – Gegenruf von Jochen Ott [SPD]: Quatsch!)

Wir sind der DEGES beigetreten. Wir haben den Stellenabbau bei Straßen.NRW gestoppt. In der schwarz-gelben Regierungszeit von 2005 bis 2010 – ich sage das immer wieder – haben Sie überproportional viele Planerstellen bei Straßen.NRW abgeschafft. 670 Vollzeitstellen sind abgeschafft worden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Stefan Kämmerling [SPD]: So war das!)

Heute fehlen Ihnen die Leute. Und das halten Sie uns vor. Das ist wirklich eine peinliche Nummer.

Was würde uns voranbringen? Erst einmal Ehrlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit.

(Christof Rasche [FDP]: Bravo! – Dietmar Brockes [FDP]: Dann fangen Sie doch einmal an!)

Denn die ganzen Versprechen, die Sie abgegeben haben, führen nur zu Politikverdrossenheit. Die Leute merken, dass Sie auch nicht die richtige Wahl gegen Staus sind. Das ist drei Jahre später klar.

Wir brauchen einen klugen Mobilitätsmix. Wir brauchen mehr Geld für den Radverkehr; das habe ich gerade schon gesagt. Wir brauchen mehr Personal in den Planungsbehörden und in den Ämtern. Wir brauchen beschleunigte Planungsverfahren. Wir brauchen einen Ausbau und die Sanierung des ÖPNV.

Wir brauchen auch kluge Ticketangebote, wie man sie mittlerweile in Wien und in anderen Städten und Großräumen finden kann. Wo ist der Vorschlag Ihrer Landesregierung für ein 1-Euro- oder 2-Euro-Ticket? Auch dazu ist bisher nichts gekommen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und Thomas Kutschaty [SPD])

Zusammengefasst: Dass diese Debatte heute nötig ist, hat etwas mit Ihrem letzten Wahlkampf zu tun. Schenken Sie den Leuten reinen Wein ein, und machen Sie ehrliche Arbeit. Wir werden noch einige Jahre mit der Sanierung unserer Infrastruktur zu tun haben – und mit einer vernünftigen Verkehrswende, die die Leute mitnimmt.

Es braucht keine Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger.

(Lachen von Nic Peter Vogel [AfD] – Henning Rehbaum [CDU]: Das sagt der Richtige!)

Der Bürgerinnen und Bürger treffen eigenständige Mobilitätsentscheidungen. Aber dafür braucht es vernünftige Angebote.

(Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU] und Jörn Freynick [FDP])

Die Leute sind heutzutage willens und in der Lage, umzusteigen – mit guten Radwegen, mit gutem ÖPNV-Ausbau, mit einer Verlagerung der Güter von der Straße auf die Schiene und die Wasserwege.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

All das im Paket würde uns voranbringen. Da hat diese Landesregierung bisher aber viel zu wenig getan. Machen Sie Ihre Hausaufgaben. Dann können Sie im nächsten Wahlkampf anders auftreten.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Beim letzten Mal haben Sie den Leuten Dinge versprochen, die nicht einzuhalten waren. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Middeldorf das Wort.

Bodo Middeldorf (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem sind wir uns vielleicht einig: Die Sanierung und der Ausbau unserer Straßeninfrastruktur gehören nach wie vor zu den größten politischen Herausforderungen in unserem Land.

Über Jahre, eigentlich über Jahrzehnte sind die Sanierung und der Ausbau unserer Straßeninfrastruktur sträflich vernachlässigt worden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das gilt auch für zu geringe Personalkapazitäten. Herr Klocke, Sie sagen, Sie hätten den Personalabbau gestoppt. Sie haben aber auch nichts dafür getan, wieder Personal aufzubauen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Arndt Klocke [GRÜNE]: Doch, natürlich! – Marc Herter [SPD]: Das ist doch einfach falsch!)

Es gab ein deutlich zu niedriges Investitionsvolumen. Der Landtagsrechnungshof hat vor einigen Jahren unter der Regierungszeit von Rot-Grün ermittelt, dass man allein für die Sanierung von Landesstraßen pro Jahr 200 Millionen Euro einsetzen müsste.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Mindestens!)

Und was haben Sie getan? Sie hatten im Haushalt 2017 135 Millionen kalkuliert. Ich weiß nicht, wie Sie jetzt darauf kommen, dass Sie eine Trendwende ein-

geleitet haben. Ich sage aber noch einmal: Im Gegensatz zur SPD sehen auch wir unsere eigene Verantwortung. Auch in der Regierungszeit zwischen 2005 und 2010 ist tatsächlich vieles liegen gelassen worden, und das gleichen wir jetzt aus, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD)

Wir haben in dieser Zeit eine kontinuierliche massive Zunahme des Verkehrsaufkommens erlebt. Die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen sind gestiegen. Die gute wirtschaftliche Entwicklung hat zu einer deutlichen Zunahme des Wirtschaftsverkehrs geführt. Allein die Pendlerzahlen von Köln und Düsseldorf haben sich in dieser Zeit um 30 % erhöht.

Und trotzdem: In dem Wissen um diese Entwicklung, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, wurden in rot-grüner Regierungszeit, und zwar vom damaligen Bau- und Verkehrsminister Groschek 77 Landesstraßenprojekte und 72 Bundesstraßenprojekte mit einem Planungsstopp versehen oder unter Entscheidungsvorbehalt gesetzt. Ich habe hier die Listen vor mir liegen. Das ist doch offensichtlich die Verkehrswende, die die SPD hier im Kopf hat.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist grober Unfug!)

Ihr Minister hat damit der kränkelnden Straßeninfrastruktur den Todesstoß versetzt, meine Damen und Herren.

(Jochen Ott [SPD]: Unsinn! Was erzählen Sie denn da? – Beifall von der FDP und der CDU)

Das scheint ja die Verkehrswende à la SPD zu sein, Herr Ott.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist Quatsch!)

Über Jahre haben Sie die ÖPNV-Mittel liegen lassen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Und jetzt gehen Sie mit Ihrem SPD-Oberbürgermeister in Düsseldorf her und schließen die Autos aus und produzieren künstlich Staus. Ist das Ihre Verkehrswende?

(Beifall von der FDP und der CDU – Lebhafter Widerspruch von Jochen Ott [SPD])

Die NRW-Koalition hat jetzt endlich eine echte Trendwende eingeleitet, meine Damen und Herren. Wir haben uns entschlossen, in dieser Legislaturperiode bei der Sanierung und dem Ausbau der Straßeninfrastruktur einen entscheidenden Schritt voranzukommen. Das Verkehrsministerium organisiert den größten Planungs- und Bauhochlauf, den dieses Land je gesehen hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mit knapp 1,5 Milliarden Euro lagen allein die Investitionen in Autobahnen und Bundesstraßen schon im vergangenen Jahr auf Rekordniveau. Wir halten

Wort. Wir haben der Verkehrspolitik wieder zu der Bedeutung verholfen, die sie braucht. Wir haben es zu einer Hauptaufgabe in Nordrhein-Westfalen gemacht, und wir wollen und werden die Straßen in Nordrhein-Westfalen wieder fit machen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Aber zur Wahrheit – und das sage ich an alle Bürgerinnen und Bürger – gehört auch: Baustellen verursachen natürlich Staus.

(Zurufe von der SPD)

Uns ist sehr bewusst, dass Staus eine enorme Belastung für jeden Betroffenen darstellen. Es gibt daher überhaupt keinen Grund, die Zahlen des ADAC schönzureden oder die Situation auf unseren Straßen zu negieren. Wir werten es erst einmal als Erfolg, dass angesichts der Herausforderungen diese Beeinträchtigung trotz der Sanierungsoffensive insgesamt nicht zugenommen hat. Es ist aber auch klar: Für jede Autofahrerin und für jeden Autofahrer, die im Stau stehen – und das auch wiederholt –, ist diese Zahl unbefriedigend, die Situation ohnehin.

(Zuruf von der SPD)

Deshalb will ich das, was ich hier bereits vor einem Jahr gesagt habe, noch einmal ausdrücklich wiederholen. Angesichts der immensen Herausforderungen bei der Sanierung und der Erweiterung des Straßennetzes werden wir die Stauanfälligkeit unseres Systems nicht kurzfristig beheben können, und dafür bitten wir die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land um Verständnis, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Der Bauhochlauf dient einem zentralen Zweck: Er beseitigt Engstellen, er erweitert Kapazitäten, er reduziert Umwege. Über 60 % der Staus gehen auf Engpässe und Überlastung zurück. Das heißt, die Erhaltung der Infrastruktur ist am Ende das zentrale Instrument zu einer effektiven Reduzierung der Staus.

(Monika Düker [GRÜNE]: Warum haben Sie das nicht im Wahlkampf gesagt?)

Deshalb kann ich zugleich mit Überzeugung sagen, dass wir noch in dieser Legislaturperiode eine erste spürbare Verbesserung erreichen werden. Wir setzen klare Prioritäten zugunsten einer funktionierenden öffentlichen Infrastruktur, und wir übernehmen auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Verantwortung dafür. Daran werden wir uns am Ende messen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD)

Dass sich die Stauzahlen trotz des Bauhochlaufs nicht weiter erhöht haben, ist übrigens kein Zufall.

Der Verkehrsminister hat schon in den ersten Monaten seiner Tätigkeit zahlreiche Maßnahmen zur Reduzierung negativer Auswirkungen des Bauhochlaufs in Angriff genommen. Die Einrichtung einer Baustellenkoordinierung, Beschleunigung laufender Projekte, Kapazitätserweiterung bei Bauaufsicht und Genehmigungsbehörden – all das sind Dinge, die es vorher nie gegeben hat.

Wir wollen da auch nicht stehen bleiben. Insbesondere bei den Anreizen zur Baustellenverkürzung sehen wir noch Spielraum: Bonusregelungen, Berücksichtigung von Bauzeiten im Vergabeprozess sind rechtlich anspruchsvolle, aber nach unserer Überzeugung auch effektive Instrumente, um Projekte noch schneller umsetzen zu können. Dazu braucht es auch eine konstruktive Haltung der Bauindustrie, um die ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich werben möchte.

Die Maßnahmen beweisen eins, meine Damen und Herren: Uns sind die Belastungen für die Autofahrerinnen und Autofahrer sehr bewusst, und deshalb tun wir alles, um die negativen Folgen der so dringend benötigten Baumaßnahmen so gering wie möglich zu halten. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Herr Vogel das Wort.

Nic Peter Vogel* (AfD): Sehr geehrter Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses Mal möchte ich auch mit einem Zitat beginnen: Millionen von Berufspendlern werden sich in den nächsten Jahren hinter die Windschutzscheibe schreiben müssen: Bevor es besser wird, wird es schlechter werden. – Dieses über zweieinhalb Jahre alte Zitat stammt von mir, aus einer meiner ersten Verkehrsreden hier im Plenum.

(Zurufe von der CDU: Uiiii!)

Ich brauchte auch damals keine Glaskugel, um irgendwie das Ganze zu untermauern. Ich könnte auch heute genau dasselbe wiederholen, und es wäre sicherlich realistisch.

Denn was tut die Landesregierung endlich, um ihre Wahlversprechen einzulösen? Ich werde es Ihnen sagen: Sie kann es nicht – jedenfalls nicht in dieser Legislaturperiode. Denn da teile ich uneingeschränkt die Einschätzung des ADAC, dass wir mindestens noch bis 2030 brauchen – also von jetzt an noch zehn Jahre –, um überhaupt ein klein bisschen Erhaltung zu bekommen und die Verkehrsteilnehmer ein wenig spüren, dass das endlich einmal einkehrt. Viel zu hoch ist der Sanierungsstau.

Ich habe noch letzte Woche zu meiner Mitarbeiterin gesagt: Am Donnerstag veröffentlicht der ADAC seine Staubilanz. Wetten, die SPD wird eine Aktuelle Stunde beantragen? – Voilà! Jetzt findet sie gerade statt. Aber auch im nächsten Jahr oder in zwei Jahren wird eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema obsolet sein. Denn es ist ein viel zu langer Prozess, den wir jetzt starten müssen.

Der größte Teil der Redezeit wurde auch heute wieder einmal auf das übliche Spiel verschwendet. Ich meine die gegenseitigen Schuldzuweisungen: Sie haben uns einen Scherbenhaufen hinterlassen. Sie machen nichts. – Dafür kann sich aber kein Verkehrsteilnehmer etwas kaufen.

(Frank Müller [SPD]: Und das sagt die AfD! Unglaublich!)

Die einzigen Ideen oder Lösungsansätze, wie wir das Ganze begleiten können, kamen heute erstaunlicherweise von Herrn Klocke. Er hat ein paar ganz gute Vorschläge gemacht, aber auch welche, die wir absolut nicht mittragen können. Wie auch immer.

Wie können wir die nächsten Jahre so begleiten, dass es für die Verkehrsteilnehmer einigermaßen reibungslos ablaufen wird? Hierfür gibt es einige Möglichkeiten.

Als Allererstes beschäftigen wir uns mit dem Baustellenmanagement. Ende 2018 – darüber haben wir auch diskutiert – wurde enorm viel Geld in die Hand genommen und Personal bereitgestellt, um das Ganze ein bisschen zu verbessern, zu beschleunigen. Das Traffic Information Center, TIC – bei diesen Anglizismen weiß man ja nicht unbedingt, wie man sie ausspricht –, ist seit 15, 16 Monaten tätig. Aber wenn ich einige Streckenabschnitte abfahre und viele kleine Baustellen hintereinander mit mäßigem Betrieb sehe, meine ich: Nein, das scheint wohl noch nicht zu fluppen. – Aber, wie gesagt, es ist eine Zeitperiode, bei der wir noch ein bisschen kulant sein können. Nächstes Jahr werde ich weitaus kritischer darauf schauen.

Wir hören immer wieder: ÖPNV. Die Leute sollen zum Pendeln animiert werden, das soll attraktiver werden, insbesondere die letzte Meile. Ja, das ist sicherlich eine interessante Sache. Es gibt allerdings Hunderttausende Berufspendler, die mit dem Pkw anreisen, und diesen Pendlern werden von den Kommunen 5.000 oder 6.000 Parkplätze in der Peripherie zur Verfügung gestellt, damit sie die letzte Meile mit dem ÖPNV bewältigen können. Ich weiß nicht, wo da in der Berechnung Ihr Taschenrechner ausgesetzt hat. Da muss auf jeden Fall dringend nachgearbeitet werden.

Es gibt darüber hinaus noch Möglichkeiten beim Baustellenmanagement. Meines Erachtens findet zum Beispiel viel zu wenig Wochenendarbeit statt. Der Anteil an Wochenendarbeit liegt gerade einmal

bei etwas über 10 %. Diesen müssen wir erhöhen. Denn wir reden über einen Zeitraum von zehn Jahren, und da kann man die Schlüssel sicherlich noch ansetzen.

Genauso ist es mit der Nachtarbeit. Die Quote ist schon ganz gut, aber es muss natürlich dann gearbeitet werden, wenn es am wenigsten Verkehr gibt, und das ist in der Nacht und an den Wochenenden. Die Wochenenden haben außerdem den Vorteil, dass man auch tagsüber arbeiten kann, denn dann haben die Arbeiter gute Lichtverhältnisse und sind auch besser geschützt.

Als nächsten Punkt greife ich die Frage auf, wie wir der momentan enormen Lkw-Dichte begegnen können. Schließlich haben wir hier in Nordrhein-Westfalen die höchste Lkw-Verkehrsdichte in ganz Europa. Auch dieser Aspekt ist verschlafen worden; insofern sind das hausgemachte Probleme. Die Lkw-Tonne ist im Vergleich zum Transport per Schiff oder Schiene unschlagbar günstig. Ich sehe keine Digitalisierung im Schienengüterverkehr, die diesen Namen verdient.

Stichwort: Verladebahnhöfe. Immer mehr Verladebahnhöfe werden nicht bedient. So geht es nicht weiter.

Ich erwähne auch die Schifffahrtswege. Hier gibt es Projekte wie beispielsweise die partielle Rheinvertiefung oder die Sohlenstabilisierung, die wir bis 2030 bewerkstelligen wollen. Damit sollten wir dringend anfangen. Denn alleine durch die partielle Rheinvertiefung könnten wir 800.000 Lkw pro Jahr von der Straße nehmen.

Es gibt also viele verschiedene Möglichkeiten, wo man ansetzen kann, um das Ganze zu begleiten. Und – das wurde gerade schon gesagt – man muss unseren Berufspendlern, die mit dem Pkw kommen, reinen Wein einschenken. Sie sind wirklich schon gebeutelt genug durch Dieselfahrverbote, durch Umweltschadstoffe usw., und sie werden noch eine ganze Weile länger im Stau stehen. Es tut mir leid für den reinen Wein, aber das wird die nächsten Jahre noch ganz schön heftig werden.

Im zweiten Gang komme ich mit zwei, drei Ideen. – Jetzt danke ich erst einmal für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Wüst das Wort.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Anlass der heutigen Debatte sind die in der letzten Woche veröffentlichten Zahlen des ADAC, die Staubilanz 2019. Deswegen möchte ich diese noch einmal vortragen.

(Sarah Philipp [SPD]: Die Zahlen kennen wir doch schon!)

Es gab 4 % weniger Staumeldungen in Nordrhein-Westfalen. Die Gesamtstaulänge ist rückläufig. Sie erinnern sich: Es war das Thema, dass die Staus in Nordrhein-Westfalen so lang sind wie die Strecke von der Erde bis zum Mond. – Trotzdem steigt die Dauer der Staus.

Wie kommt man zu einem so gemischten Bild? Das habe ich mich gefragt, als ich die Zahlen gesehen haben. Warum nehmen die ersten zwei Indikatoren ab und steigt gleichzeitig der dritte? Darauf möchte ich einen Moment Zeit verwenden.

Es liegt schlicht daran, dass wir jetzt im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans, den wir als Auftragsverwaltung abarbeiten, auf stark frequentierten Autobahnen, insbesondere an Knotenpunkten, arbeiten.

Nehmen wir als Beispiel das Kamener Kreuz. Dort verzeichnen wir plus 1.000 km Stau innerhalb eines Jahres. Ich wollte nicht wieder anfangen, mit dem ADAC über Messmethoden zu streiten, aber ich habe mich schon gefragt, wie das sein kann. Es kann sein, denn da wird jetzt gebaut. Im Jahr 2018 waren es 47 km Stau, im Jahr 2019 waren es 1.102 km, weil wir genau an diesem neuralgischen Punkt, der – das sagen alle Verkehrszahlen – sowieso schon überlastet ist, investieren, um das Kamener Kreuz so auszubauen, dass es den Verkehrszahlen genügt. Es handelt sich also um eine Operation am offenen Herzen.

Als zweites Beispiel nenne ich die A3 zwischen Hilden und Oberhausen. Dort verzeichnen wir plus 1.041 km Stau in einem Jahr. Das hat den gleichen Grund. Bei der A3 handelt es sich um eine überlastete Autobahn – die A3 und die A1 sind unsere meist belasteten Autobahnen –, und jetzt tun wir etwas dafür, dass der Verkehr auf der A3 wieder besser fließt. Wir bauen dort – allerdings mit der Folge, dass es dort Probleme gibt.

Bei der A3 kam hinzu, dass die Fahrbahnübergänge zur Schwarzbachtalbrücke kaputt waren. Es war also schlicht eine Notmaßnahme, aus dem ein Teil der Sanierungsstaus der letzten Jahrzehnte resultierte.

Ja, es wird mehr gebaut, und es war doch Mike Groschek, den Sie hier eben erwähnt haben, der gesagt hat: Gegen Stau hilft nur Bau. – Ist das richtig, oder ist das falsch? – Herr Ott nickt. Das ist richtig. Gegen Stau hilft nur Bau.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Schlau, nicht Bau!)

Wenn das die einfache Rechnung ist, dann freue ich mich darüber, dass ich Ihnen das wieder einmal zeigen darf.

(Der Redner hält ein Blatt hoch.)

Ich mache das jedes Jahr, und Sie freuen sich jedes Mal über die ansteigende Kurve. Wenn die Kausalität

stimmt, ist das die beste Staubekämpfung, die wir in Nordrhein-Westfalen machen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Rekordinvestitionen sind so hoch wie nie zuvor: 1,47 Milliarden Euro für die Bundesfernstraßen, also Autobahnen und Bundesstraßen, sowie 256,7 Millionen Euro für die Landesstraßen.

(Jochen Ott [SPD]: Ja, dank Kraft und Groschek!)

Das ist der Unterschied zu Ihnen.

(Sven Wolf [SPD]: Dann sind die Schubladen ja doch voll!)

Bei Ihnen gab es jedes Jahr mehr Stau, und Sie haben nichts dagegen getan.

(Sven Wolf [SPD]: Geld aus Berlin besorgt!)

Wir investieren jetzt um den Preis, dass an solchen neuralgischen Stellen natürlich das Staurisiko steigt.

Die Investitionen von heute sind die freie Bahn von morgen. Das sieht man auch dort, wo die Maßnahmen fertig sind. Herr Klocke hat gerade gesagt – er kommt ursprünglich aus Ostwestfalen, dann kennt er Bad Oeynhausen –, dort, wo die Maßnahmen fertig seien, fließe der Verkehr wieder. Jahrzehntlang staute sich der Transitverkehr Ost-West in Bad Oeynhausen an der Ampel, heute ist die Autobahn fertiggestellt. Genauso ist es in Halle, auch Ostwestfalen, mit der A33 und in Bestwig mit der A46.

Also: Es ist doch richtig, zu investieren, auch wenn damit einhergeht, an der einen oder anderen Stelle punktuell das Staurisiko zu erhöhen. Wir haben das zugesagt, und wir machen das jetzt auch. Wir verzeichnen ein Plus von 33 % seit dem letzten vollen Regierungsjahr Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Übrigen sind nur 20 % wirkliche Neubaustrecken. Darüber wollen die Grünen immer gern streiten, wenn wir die Rekordzahlen nennen. Ich stehe zu diesen 20 %, weil das die Lückenschlüsse und damit die Kapazitätserweiterungen sind. Aber wenn 80 % bei dem riskanten Thema schon unstrittig sind, finde ich, sind wir gar nicht so schlecht unterwegs.

Sie haben das jahrelang schleifen lassen, und jetzt sind die Rekordinvestitionen fällig. Es ist im Übrigen auch nicht so, wie Sie es immer behaupten, das habe Rot-Grün für NRW herausgeholt. Der Bundesverkehrswegeplan 2016 ist ein Bundesverkehrswegeplan für die gesamte Bundesrepublik Deutschland mit Rekordinvestitionen. Es hat nur kein Land so nötig gehabt wie dieses.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Weil das Geld 20 Jahre nach Bayern geflossen ist! – Jochen Ott [SPD]: So ist es!)

Nun sind es also Rekordsummen, allerdings in Zeiten von Rekordbelastungen – Rekordbelastungen für unsere Netze durch eine toll laufende Konjunktur.

Darüber hinaus verzeichnen wir Rekordpendlerströme. Die Hälfte der Erwerbstätigen pendelt. Der Verkehr hat seit 2010, gemessen an der Jahresfahrleistung, um fast 13 % zugenommen. Was wäre in der Zeit an neuen Mobilitätsangeboten gemacht worden? Welche neuen Schienen wären denn gelegt worden? Welche neuen Züge wären seit 2010 bestellt worden? Es wäre sicher kein zweistelliger Zuwachs gewesen. Insofern ist völlig klar, wie überlastet unsere Netze sind.

Die Netze sind zu eng, weil Sie es versäumt haben, bedarfsgerecht auszubauen. Jetzt tun wir das in einer Zeit, in der der Verkehr noch einmal um 10 % gestiegen ist. Das ist die Erklärung für diese unterschiedlichen Entwicklungen, die der ADAC in seiner Staubilanz aufzeigt.

In einer solchen Situation muss man besser koordinieren, als es in der Vergangenheit der Fall war. Zusammen mit der Deutschen Bahn haben wir die Stabsstelle Baustellenkoordination eingerichtet. Inzwischen hat die Hälfte der Kreise und kreisfreien Städte unterschrieben, beim TIC, Traffic Information Center, mitzumachen. Das ist gut. Die anderen kommen sicherlich in den nächsten Monaten hinterher.

20 Millionen Euro sind bereitgestellt worden, um Bauzeiten zu reduzieren, weil das Thema „Tempo“ wichtig ist. Jede Baustelle, an der nicht gearbeitet wird, nervt brutal, nervt jeden Autofahrer und auch den Minister. Das bedeutet 296 Wochen Bauzeitverkürzung – in Summe sechs Jahre – auf stark frequentierten Autobahnabschnitten.

Wir nutzen Innovationen. Wir werden hier in Nordrhein-Westfalen ab März zum ersten Mal die Quickchange Moveable Barrier einsetzen. Das ist ein Riesengerät auf der A535, das dafür sorgt, dass morgens in Düsseldorf und abends in Richtung Essen/Velbert zwei Spuren frei sind, und zwischendurch wird die Mittelleitplanke mit diesem riesigen Gerät versetzt – das hat es bisher noch nicht gegeben –, um dort während der Bauzeit möglichst fließenden Verkehr zu gewährleisten.

Das Thema „ÖPNV“ ist angesprochen worden. Die Wahrheit ist: Als ich Minister wurde, lagen dort über 600 Millionen Euro herum, für die es keine Pläne und Ideen gab. Geld zu organisieren ist aller Ehren wert. Das würde ich auch nie leugnen. Aber man muss auch dafür sorgen, dass Bedarf und Geld zusammenkommen. Über 600 Millionen Euro lagen herum, trotz dieser Situation des ÖPNV.

Deshalb gibt es jetzt die ÖPNV-Offensive: 1 Milliarde Euro für Stadt- und Straßenbahnen, 180 Millionen Euro für ein robustes Schienennetz, 120 Millionen Euro für On-Demand-Verkehre, 100 Millionen Euro

für neue Schnellbuslinien, das Azubiticket, die Reaktivierung von Bahnstrecken und, und, und.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Übrigen wird ein Drittel mehr in den Fahrradwegebau investiert. Beim Fahrradwegebau, Herr Kollege Klocke, ist die Frage gar nicht, ob uns 10 Millionen Euro mehr noch helfen würden; zehn Planer tun dies gleichwohl. Deswegen stellen wir in diesem Jahr bei Straßen.NRW zehn zusätzliche Planer ausschließlich für die Radwegeplanung ein. Das hat es so auch noch nicht gegeben. Allein letzte Woche gab es zwei Spatenstiche beim Radschnellweg Ruhr RS1. Das ist nicht schnell genug, aber wir werden auch da Tempo aufnehmen, weil Radverkehr Pendlerverkehr werden kann.

Ich komme zum Schluss. – Jeder Stau ist einer zu viel. Jeder Stau ärgert nicht nur die Menschen, die drinstehen, wie den Kollegen Löcker, der in seiner humorigen Art und Weise heute am Anfang der Debatte gesprochen hat, sondern auch mich. Aber wir ziehen alle Register, und das unterscheidet uns von Ihnen. Wir haben bei Straßen.NRW das Personal aufgestockt. Wir haben in Rekorddimension externe Planer verpflichtet. Wir haben die Bezirksregierung gestärkt und ihre Arbeit flexibilisiert. Die Baustellen-tätigkeit wird besser koordiniert, und beim ÖPNV wird kräftig draufgelegt. All das haben wir versprochen, und wir arbeiten jeden Tag an diesen Versprechen – für eine bessere Mobilität in Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion hat nun die Abgeordnete Frau dos Santos Herrmann das Wort.

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist sehr deutlich geworden: Wer sich im Lenkrad festbeißt, verpasst die Autofahrt zu moderner Mobilität.

(Beifall von der SPD)

Das haben Sie hier heute sehr eindrücklich unter Beweis gestellt.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Deswegen möchte ich zunächst einmal, werter Herr Kollege Lehne, mit einem Ammenmärchen aufräumen. Wer soll Ihnen denn glauben, dass Sie in nur zweieinhalb Jahren zum Beispiel auf der A45 die Brückensanierungsbedarfe erkannt haben, geplant haben, ausgeschrieben, beauftragt und begonnen haben? Wer soll Ihnen das glauben?

(Beifall von der SPD)

Selbstverständlich sind Vorarbeiten geleistet worden. Selbstverständlich ist dabei nicht allein nur Geld besorgt worden; es wurde geplant und vorbereitet, möglicherweise zu spät oder sehr spät.

Aber warum so spät? Da müssen wir mal einen Augenblick in die Vergangenheit schauen und gucken, was vorgefunden wurde, als Hannelore Kraft und Rot-Grün 2010 die Landesregierung übernommen haben. Da war ein Landesbetrieb Straßen.NRW, der komplett überschuldet war und der mit einer Finanzspritze von 50 Millionen Euro erst einmal entschuldet werden musste,

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: Genau so ist es!)

um überhaupt wieder vernünftig arbeiten zu können.

Dann haben Sie sich in der Vorwahlkampfzeit 2009/2010 einen super Gag geleistet. Sie haben im ganzen Land – ich sage mal – Potemkinsche Baustellen errichtet, Spatenstiche organisiert, aus denen dann aber nichts folgte. Was heißt das? Da gibt es irgendwo eine Baustelle, es wird nicht gearbeitet, und es wird der Eindruck vermittelt, dass Sie etwas Tolles auf den Weg gebracht haben. Tatsächlich war es nichts als heiße Luft, selbst wenn es draußen war.

(Beifall von der SPD und Monika Düker [GRÜNE] – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Genau darum mussten die Verkehrsminister Voigtsberger und Groschek erst einmal Prioritäten setzen. Wenn da Phantombauustellen sind, muss man entscheiden: Was ist notwendig, was ist als Erstes notwendig, wo fangen wir an? Dass das nur mit Prioritätensetzung geht, ist doch klar. Alles andere wäre Betrug am Wähler gewesen. Das ist nicht unser Stil.

(Beifall von der SPD)

Unter Mike Groschek – auch das gehört zur Wahrheit und zum Ausräumen des Ammenmärchens – wurde in der Zeit von 2012 bis 2017 kontinuierlich das Personal beim Landesbetrieb Straßen.NRW in anderen Planungsstellen wieder aufgebaut. Das war unter Rot-Grün.

Wenn Sie, verehrter Herr Lehne, das als sozialistisch bezeichnen, dann ist nur klar, dass Sie offenbar ein lupenreiner Vertreter des Manchesterkapitalismus sind und des gescheiterten „Privat vor Staat“-Konzepts, das einfach nicht funktioniert.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Jetzt schauen wir mal in die Zukunft. Der Minister selbst hat gerade darauf hingewiesen, dass die Entwicklung im Verkehr darauf hindeutet, es geht exponentiell hoch auf allen Trägern, insbesondere aber auf der Straße. Wer glaubt, dass wir Probleme auf den Straßen allein durch Lösungen auf den Straßen in den Griff bekommen, der hat von Verkehrspolitik –

mit Verlaub, Herr Lehne – nichts verstanden, gar nichts.

(Beifall von der SPD)

Schauen Sie in die sehr ausführliche Staubilanz des ADAC. Man lasse es sich auf der Zunge zergehen: Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club ist der größte Automobilclub nicht nur in Deutschland, sondern mindestens europaweit, wahrscheinlich sogar weltweit. Dieser ADAC sagt: Wir brauchen Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr. Dieser ADAC sagt: Das, was wir hier in Nordrhein-Westfalen anschieben, reicht noch nicht. – Dass Sie abarbeiten, was andere vorbereitet haben, ist zwar gut und richtig, aber wirklich nichts, was man sich mit Sternchen ins Klassenbuch eintragen sollte. Das ist deutlich zu wenig.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wer wirklich eine Mobilitätswende will, Herr Lehne, jetzt mal unabhängig davon, ob Sie sie sozialverträglich und ökologisch verantwortbar machen wollen – das ist eine zweite Frage –, der kann nicht allein auf die Straße schauen und schon gar nicht allein mit dem Blickwinkel aus der Windschutzscheibe. Es tut mir leid. Da springen Sie viel zu kurz.

Zum nächsten Punkt, den ich eigentlich von einem Minister erwarte, der sich vorgenommen hat, richtig was voranzubringen. Das Abarbeiten reicht nicht. Wir brauchen neue Konzepte, und zwar ganz dringend. Wir brauchen Konzepte, wie wir in der Zukunft die Digitalisierung in der Mobilität stärker nutzen. Das hat nicht allein etwas mit dem E-Ticket zu tun. Das ist praktisch, und das werden viele Nutzerinnen und Nutzer sicher bald in Anspruch nehmen. Doch das allein ist nicht ausreichend.

Über die Verkehrsplanung, die Leitsysteme haben wir vorgestern gesprochen. Wo sind denn die Konzepte Ihrer Landesregierung, die das voranbringen? Wo ist der Druck, die Verve, die Leidenschaft dafür, sich mal für Güterverkehr auf der Schiene und der Wasserstraße einzusetzen?

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Wo ist der Minister in Berlin und fordert ein, dass die Infrastruktur der Wasserstraße – der Rhein; Sie haben es selbst erwähnt – in Ordnung gehalten wird?

(Bodo Löttgen [CDU]: Wie viele Schleusen haben Sie instand gesetzt?)

Da passiert gar nichts. Und wo ist Ihr Engagement für den „Eisernen Rhein“,

(Bodo Löttgen [CDU]: Lächerlich!)

damit die Güterverkehre aus den ZARA-Häfen, in dem Fall aus Belgien, ordentlich und ohne zusätzliche Belastung unserer Straßen und Autobahnen

nach Nordrhein-Westfalen und Deutschland gelangen können? Wo sind da Ihre Konzepte? Ich sage es Ihnen: nirgends.

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

Sie arbeiten nicht daran, Sie begnügen sich damit, Bänder durchzuschneiden, so wie Sie das 2009/2010 gemacht haben. Wir werden 2022 sehen, dass auch das wieder nur Phantome waren. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Lehne das Wort.

Olaf Lehne (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Attacken reiten sollte man dann, wenn man ein bisschen Munition hat, und nicht ins Leere. Es mag ab und an von Vorteil sein, eine Attacke zu reiten, aber eine solch unglaubliche, wie Sie sie hier bringen, ist schon unglaublich.

(Inge Blask [SPD]: Das war bestimmt alles wahr, was Sie gesagt haben!)

Wenn Herr Klocke eine Entschuldigung verlangt und die Einsichtsfähigkeit anderer sucht, dann bitte ich darum, doch erst einmal in den Spiegel zu schauen und sich darüber Gedanken zu machen, was Sie während Ihrer Regierungszeit tatsächlich verbockt haben, welche Mittel eben nicht abgerufen werden konnten

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ja, ja!)

und wie Sie nicht nur den Individualverkehr, sondern auch den ÖPNV und den Radverkehr blockiert haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Heike Gebhard [SPD]: Weil ihr Personal abgebaut habt! – Arndt Klocke [GRÜNE]: Herr Lehne, Herr Lehne!)

Frau dos Santos Herrmann, Sie hatten mal eine Parteivorsitzende, Frau Nahles, die Pippi Langstrumpf zitiert hat.

(Frank Müller [SPD]: Die hat gesungen!)

Das kann ich bei Herrn Löcker und bei Ihnen auch: Widewidewitt, ich mach' mir die Welt, wie sie mir gefällt.

(Jochen Ott [SPD]: Aber Sie können nicht so schön singen!)

Ich wäre froh, wenn Sie sich die Welt wenigstens so machen würden, wie sie Ihnen gefällt, weil sie dann verkehrlich zumindest eventuell funktionieren könnte.

Aber Sie haben es in der Vergangenheit nicht getan. Bei all dem, was Sie gerade gesagt haben, Frau dos Santos Herrmann, vergessen Sie, dass es Oliver Wittke war, der ein vernünftiges Baustellenmanagement eingeführt hat und der dafür Sorge getragen hat, dass in Nordrhein-Westfalen wieder geplant wurde. Sie behaupten, Sie hätten gewisse Dinge eingeleitet. Ich frage mich, was Sie denn in den vier Jahren, in denen Sie regiert haben, umgesetzt haben – nämlich so gut wie nichts.

Zu den Fehlern von Rot-Grün: Tatsache ist, dass bis 2013 Ingenieurstellen beim Landesbetrieb Straßen.NRW abgebaut worden sind. Arbeiteten Ende 2009 noch 1.569 Ingenieure für den Landesbetrieb, waren es Ende 2013 nur noch 1.486 Ingenieure. Statt ausreichend in neue Planungen zu investieren, haben Sie 2011 sogar eine Streichliste für den Landes- und Bundesfernstraßenverkehr beschlossen.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ja, absolut richtig!)

– Tag, Herr Klocke!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, durch Ihr verkehrspolitisches Versagen ist mit der stetig steigenden Zunahme von Pendlern und Güterverkehren der Ausbau der Kapazitäten aller Verkehrswege wie Straßen, Schienen, Rad- und Wasserwege nicht mitgewachsen. Sie wissen, dass Strukturprogramme lange brauchen, Sie wissen, dass Infrastrukturmaßnahmen Ewigkeiten dauern. Sie waren es, die sie nicht angeschoben haben und nichts vorgebracht haben. Das ist politisches Vollversagen.

Die Megabaustelle bis 2024 – ob der A1-Ausbau bei Leverkusen und der Neubau der für den Schwerlastverkehr zurzeit gesperrten Rheinbrücke – ist ein Beispiel dafür, dass wir Nordrhein-Westfalen jetzt nach vorne bringen. Anstehende Brückenbauarbeiten machen auch die Autobahnen rund um Bonn in den nächsten Jahren zum Nadelöhr. Bei Wuppertal wird die Sanierung der A46 voranschreiten. Auch rund um Duisburg starten demnächst mehrere Brückenbaustellen.

Und da sagen Sie, Frau dos Santos Herrmann, es gebe keine Planung und kein Konzept. Das ist ja nur der Teil des Individualverkehrs.

Während der Ausbau des Ruhrschnellwegs, A40, inzwischen weitgehend abgeschlossen ist, rückt nun zunehmend der nördlich parallel verlaufende Emscherschnellweg, A43, in den Blick.

(Thomas Kutschaty [SPD]: Die A42 ist das!)

Die Großbaustelle zum dreispurigen Ausbau der Strecke wandert in den nächsten Jahren immer weiter gen Süden. Das trifft zum Beispiel auf die A1 und die A3 als Hauptschlagadern des Verkehrs in Nordrhein-Westfalen zu, wie der Minister es schon ausge-

führt hat. Ursachen dafür sind die Baustellen am Kamener Kreuz und eine Notbaumaßnahme auf der Schwarzbachtalbrücke.

(Jochen Ott [SPD]: Die Rede hat das Ministerium geschrieben! Die hat der doch nicht selbst geschrieben!)

Auf diese Weise kommt die in der Auswertung des ADACs angeführte Zunahme der Staudauer um 11 % zustande.

Informationen über Baustellen werden inzwischen auf einer digitalen Plattform gebündelt und analysiert. Das gab es bei Ihnen nicht. Die Stabsstelle Baustellenkoordination der Verkehrszentrale in Leverkusen wird die Zusammenarbeit mit den Kommunen bei der Baustellenkoordination weiter ausbauen. Das gab es bei Ihnen nicht.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Was?)

– In der Form, wie sie jetzt bestehen, nicht. Mittels Simulationsrechnungen suchen die Experten nach dem besten Zeitpunkt und der besten Art und Weise für eine Baumaßnahme.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ach!)

Zuletzt ist es gelungen, Bauzeiten zu verkürzen; ein Hebel dabei: Bonuszahlungen für die Firmen, die sich beeilen, Strafzahlungen für die, die es nicht schaffen. Außerdem werden große Baustellen an Engpässen durch Einsätze rund um die Uhr, sieben Tage die Woche abgewickelt. Sie waren dagegen.

Die Erneuerung der Stadt-, Straßenbahn- und U-Bahnnetze, der Einsatz von Schnellbussen und die Einrichtung von On-Demand-Verkehren werden gefördert. Die Landesregierung fördert vernetzte Mobilität und Mobilitätsmanagement, zum Beispiel durch einen Ausbau von Carsharing-Stellplätzen und City Hubs.

(Jochen Ott [SPD]: Schön aufgeschriebene Rede! Geben Sie sie direkt zu Protokoll!)

Die Förderung der NE-Bahnen führt heute schon dazu, dass mehr Güter von der Straße auf die Schiene verlagert wurden.

Sie wagen es, hier vom Binnenschiffverkehrsverkehr zu sprechen. Eine wunderbare Idee, aber warum haben Sie das nicht vorher getan? Da kam gar nichts. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Schreib die Rede nächstes Mal selbst, das ist besser!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lehne. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht noch einmal Herr Kollege Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Minister Wüst, gegen Stau hilft nur Bau. Um mich mal selber aus rot-grüner Regierungszeit zu zitieren: Gegen Stau hilft nur schlau, nämlich eine schlaue und intelligente Verkehrspolitik.

(Beifall von Norwich Rüße [GRÜNE])

Sie sagen – das wurde uns soeben vom Minister mitgeteilt –, Straßenbauinvestitionen von heute seien der fließende Verkehr von Morgen. Wenn das die moderne Verkehrspolitik der CDU ist, dann mache ich mir um unsere grünen Wahlergebnisse für die nächsten Jahre keine Sorgen, wirklich nicht.

(Heiterkeit von der SPD – Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Ein Angebotsmix bei der Mobilität, gute Angebote bei Carsharing, beim Radverkehr, beim ÖPNV, die Möglichkeit, das eigene Auto stehen zu lassen – das alles ist mittlerweile in dieser Gesellschaft mehrheitsfähig.

Mehrheitsfähig wäre auch ein Tempolimit: Über 60 % sind dafür. Gegen Tempolimit und für Straßenbau – wenn das die CDU-Politik von Morgen ist, dann mache ich mir um unsere demnächst anstehenden Wahlen keine Sorgen.

Ich finde es aber inhaltlich komplett falsch. „Wer Straßen sät, wird Staus ernten“, haben wir Grüne einmal gesagt. Wir sind 1990 in den Landtag eingezogen mit der Kampagne „Auch ohne Automobil“. Das ist damals belächelt worden. Heute ist das Mehrheitsmeinung in dieser Gesellschaft.

(Lachen von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Die Frage ist: Tut die Landesregierung genug dafür, um Angebote zu schaffen, damit die Leute umsteigen können? Ich sage: Die Landesregierung tut nicht genug dafür. Sie könnte mehr tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Lehne, Sie haben uns soeben vorgehalten, es hätten damals nur noch 32 Millionen Euro für den Straßenneubau zur Verfügung gestanden. – Das stimmt, das war auch so. Wir haben aber in unserer Regierungszeit die Summe von 50 Millionen Euro für Straßensanierungen, für den Erhalt von Landesstraßen, die im letzten Haushalt der CDU 2010 veranschlagt waren – mitverantwortet durch Verkehrsminister Lutz Lienenkämper –, auf 130 Millionen Euro mehr als verdoppelt. Wir haben auf Infrastruktursanierungen gesetzt. Das ist die politische Wahrheit, und das müssen Sie dazusagen.

Zehn Planer für den Radverkehr haben Sie bei Straßen.NRW eingestellt. Das ist gut und löblich, und das freut mich auch. Das kann ich nur unterstützen. Aber bei Straßen.NRW arbeiten 6.000 Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter, und wenn sich jetzt zehn um Radverkehr kümmern, ist das eine verschwindend geringe Anzahl.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da müssen Sie noch ein paar mehr Stellen schaffen und ein paar mehr Planerinnen und Planer umschulen, die sich um den Radwegebau kümmern.

(Bodo Löttgen [CDU]: Aber dann anschließend sagen, wir hätten zu viele Stellen gestrichen!)

Liebe Kollegin Frau dos Santos Herrmann, der Hinweis, ich hätte Straßen.NRW 2010 in meiner Rede nennen können, ist richtig. Die älteren Semester, die, wie ich, schon länger dabei sind, erinnern sich daran: Als wir die Landesregierung übernommen haben, war der Laden wirklich marode und quasi bankrott. Wir haben Straßen.NRW erst einmal saniert.

Sie waren damals noch nicht dabei, und ich würde es Ihnen gerne in Erinnerung rufen: Es war in der rot-grünen Regierungszeit der grüne Staatssekretär Horst Becker – der heute krankheitsbedingt fehlt –, der dafür gesorgt hat, dass Straßen.NRW neu aufgestellt und die Stellen neu ausgerichtet wurden. Es wäre anständig gewesen, das mal zu erwähnen. Straßen.NRW war nämlich handlungsunfähig.

Herr Kollege Lehne, Sie haben es Straßenstreichliste genannt, es war aber eine Straßenpriorisierung. Wir haben in unserer Regierungszeit gemeinsam mit der SPD dafür gesorgt, dass Projekte, die 25 oder 30 Jahre lang in der Schublade lagen, die immer wieder neu vorgelegt wurden, für die es keinen Bedarf und auch kein Geld mehr gab, zurückgestellt wurden, um die Projekte, die wirklich sinnvoll und notwendig waren, auch im Straßenneubau, voranzutreiben. Auch ein Grüner sagt, dass es Straßenbauprojekte gibt, etwa Umgehungsstraßen, die dringend verwirklicht werden müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie jetzt wieder alles gleichzeitig planen wollen, wenn Sie jetzt wieder alles bestellen wollen, dann werden Sie die entsprechenden Folgen auch vor Ort sehen. Es gibt nämlich auch Widerstände bei CDU-geführten Kommunen gegen manche Straßenprojekte, die jetzt wieder vorangetrieben werden sollen.

Zu unserer Regierungszeit hatten wir reale Sparhaushalte. Wir mussten die Schuldenbremse 2020 einhalten. Für den Glücksfall der Geschichte in Ihrer Regierungszeit, dass deutlich mehr Geld zur Verfügung steht und Berlin endlich deutlich mehr Geld nach NRW gibt, haben wir jahrelang in Berlin lobbiiert. Jetzt kommt dieses Geld.

Unsere Bitte und unser Wunsch ist es, dass Sie dieses Geld vernünftig einsetzen, und zwar nicht nur für

den Straßenbau, sondern für einen intelligenten Mobilitätsmix. Das würde das Land voranbringen, dann hätten wir auch weniger Staus. – In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Für die AfD-Fraktion spricht noch einmal Herr Kollege Vogel.

Nic Peter Vogel¹⁾ (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch mal zur Staubilanz des ADAC: Die statistischen Spielereien sind interessant, aber für mich als Verkehrsteilnehmer ist es eigentlich uninteressant, ob es weniger Staumeldungen oder weniger Staulänge gibt. Der Zuwachs von 11 % bei der Staudauer ist das, was mich stört.

Wenn ich endlich aus dem Stau herausfahre, interessiert es mich nicht, ob der Stau 8 oder 9 km lang war, sondern ob ich eine halbe oder eine Stunde meiner Lebenszeit darin verbracht habe. Dieser Punkt ist essenziell, und das ist es, was man den Leuten erklären muss. Hier darf man ihnen auch keinen Sand in die Augen streuen. Wie gesagt: Es wird schlechter, bevor es besser wird.

Selbst wenn man groß denkt und an die Knotenpunkte herangeht, muss man Baustellenmanagement im Ganzen denken. Wenn wir beispielsweise eine der großen Brücken oder ein anderes Nadelöhr ertüchtigen wollen, geht es also darum, die Ausweichverkehre absolut sauber durchzuplanen, damit es für die Verkehrsteilnehmer so angenehm wie möglich wird.

Ich bin ein großer Fan von modernen Verkehrsleitsystemen mit integrierten Stauinformationen, da diese die Informationen in Echtzeit abrufen können. Hier haben wir bisher große Fortschritte gemacht, und ich bin ein Freund davon, noch weiterzugehen, da diese Systeme auch bei der Akzeptanz durch die Verkehrsteilnehmer ganz groß im Kommen sind. Ein starrer Schilderwald stößt bei den Verkehrsteilnehmern auf weniger Akzeptanz als digitale Tafeln, an denen man sehen kann, dass man auf 100 oder 80 km/h heruntergehen muss. Das wird sehr gut aufgenommen.

Es gibt aber auch noch andere Möglichkeiten, beispielsweise kleine Baustellen zur Unterstützung der großen. Es gibt viele verschiedene Ansätze, etwa Zukunftstechnologien oder Technologien, die gerade kurz vor der Vollendung stehen.

Vor Jahren habe ich Ihnen schon Kaltrecycling in situ vorgestellt. Damit kann man unglaublich viel Zeit sparen, auch wenn es etwas teurer ist. Den volkswirtschaftlichen Faktor muss man immer auch mit einkalkulieren.

Ich bin auch ein großer Fan vom Experiment der Feldbaustellen. Vor einigen Monaten durfte ich bei der Fertigstellung einer kleinen Autobahnbrücke dabei sein. Da wurde neben der Straße in modularer Bauweise praktisch die ganze Brücke erstellt und dann an einem Tag 100 m weit an ihren Platz gefahren. Damit war man an einem Sonntag fertig. Das ist natürlich eine großartige Sache. Das könnte man auch unterstützen.

Das Hauptproblem, das ich sehe, ist, wie gesagt, dass wir die Ausweichverkehre so organisieren müssen, dass sie die zusätzlichen Verkehrsströme aufnehmen können, wenn wir an die großen Nadelöhre herangehen.

Es würde mich jedenfalls nicht wundern, wenn es auch im nächsten Jahr heißt, dass die Staudauer trotzdem noch mal zugenommen hat. Um es auf den Punkt zu bringen: Wo gehobelt wird, fallen Späne.

Das soll keine Entschuldigung bzw. kein Freibrief für die regierungstragenden Fraktionen sein. Wie gesagt, ich werde mir kritisch anschauen, ob sich der zusätzliche Aufwand – wie beispielsweise beim TIC – gelohnt hat. Ich bin jetzt erst mal optimistisch, weil das eine Sache ist, die man natürlich angehen muss. Aber wir sind alle scharf darauf, in den nächsten Jahren weniger im Stau zu stehen.

Liebe Verkehrspendler hier in Nordrhein-Westfalen, es wird jetzt noch mal ein Stück härter werden. Beißen Sie aber nicht zu oft ins Lenkrad, sonst müsste ich mir noch überlegen, ob ich meinen Job hier eventuell aufgeben und eine Firma aufmachen, bei der man Lenkräder mit Erdbeer- oder Karamellgeschmack kaufen kann. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Tschüss!

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Vogel. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Situation des Zeitungsmarktes in Nordrhein-Westfalen 2019 und seine digitale Entwicklung

Große Anfrage 13
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/6777

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/8469 – Neudruck

Die Aussprache und die Debatte eröffnet Herr Kollege Vogt von der SPD-Fraktion.

Alexander Vogt* (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat eine große Anfrage an die Landesregierung zur Situation des Zeitungsmarktes in NRW und seiner digitalen Entwicklung gerichtet. Das sind insgesamt 81 Fragen.

In diesem großen Dokument, das jetzt von der Landesregierung zurückkam, finden wir Antworten auf unsere Fragen zu Redaktionen, zu Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten, zur wirtschaftlichen Situation von Verlagen in unserem Land und auch zur lokalen Pressevielfalt.

Warum machen wir das? Wir machen das, weil gerade lokaler Journalismus wichtig ist, wichtig für unsere Demokratie, und die Aufgabe hat, Wirtschaft und Politik zu kontrollieren. Das mag dem einen oder anderen manchmal nicht passen, dass man kritische Fragen gestellt bekommt, dass Projekte oder Initiativen auch kritisiert werden. Aber es ist notwendig für unsere Demokratie.

Die Landesregierung hat jetzt rund sieben Monate gebraucht, um diese Fragen zu beantworten, eine ungewöhnlich lange Zeit. Was finden wir jetzt? – Wir finden viel Prosa. Wir finden eine ganz angemessene Zustandsbeschreibung. Wir finden aber ganz wenige Ideen, wie auf Probleme auf dem Zeitungsmarkt reagiert werden kann.

Sehen wir uns die einzelnen Antworten an, dann sehen wir alarmierende Zahlen, eine dramatische Entwicklung. Einige Beispiele:

Die Auflage der Lokalzeitungen ist in den letzten drei Jahren um 11 % gesunken. Bei einzelnen Zeitungen finden wir sogar einen Rückgang um 20 %. Wenn wir uns die Boulevardzeitungen in Nordrhein-Westfalen angucken, finden wir einen Rückgang um 30 %. Es gibt nur zwei kleine Lokalzeitungen in NRW, die ein Auflagenplus verzeichnen konnten. Die Auflagen aller anderen sind weiter gesunken.

Die Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten werden immer schwieriger, nicht nur die Bezahlung, sondern wir finden vermehrt freie Tätigkeiten und immer weniger festangestellte, vernünftig bezahlte Redakteure.

Wenn wir uns die Medienvielfalt angucken, finden wir in einer erschreckend großen Anzahl von Kreisen und kreisfreien Städten nur noch eine einzige Tageszeitung, nur noch eine einzige Tageszeitungsredaktion, die berichtet. Das bedeutet letztendlich weniger Kommunikation für Vereine, für Verbände. Es wird weniger über das Gemeindefest berichtet, über die örtlichen Sportergebnisse.

Aber wir haben auch ein Problem, nämlich ein demokratisches Problem. Lokaljournalismus hat eine Kontrollfunktion, und wenn diese nicht mehr wahrgenommen wird, dann stellt sich die Frage: Wer kontrolliert dann eigentlich noch das, was im Stadtrat entschieden wird? Wer kontrolliert eigentlich Bauprojekte in

unseren Kommunen? Wer kontrolliert und berichtet darüber, ob mit kommunalen Geldern, mit Steuergeldern vernünftig umgegangen wird und kein Schindluder getrieben wird? Das sind alles Aufgaben, die lokalen Journalismus extrem wichtig machen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Nun ist es schön, dass sich die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage zur Medienvielfalt bekennt.

Wenn wir uns aber ansehen, welche Maßnahmen daraus folgen, dann finden wir eine Mischung aus: Wir schmücken uns mit bundespolitischen Maßnahmen, mit denen wir gar nichts zu tun haben, beispielsweise mit der Unterstützung für Zeitungszusteller und beispielsweise mit dem geringeren Mehrwertsteuersatz auf Digitalprodukte. Oder wir verweisen auf Projekte, die auch irgendwie beim Bund liegen, beispielsweise die Anerkennung von journalistischen Tätigkeiten als gemeinnützig, die letztendlich aber alle 16 Länder betrifft.

Hier würde man sich wünschen, dass eine Landesregierung, wenn sie es wirklich ernst meint, über Mustersatzungen oder andere Initiativen vor Ort tätig wird.

Sehen wir uns an, was Sie bei der Finanzierung gemacht haben. Unsere Regierung hatte eine Stiftung auf den Weg gebracht, staatsfern organisiert, die lokaljournalistische Projekte unterstützen sollte. All diese Sachen wurden nach dem Regierungswechsel eingestampft. Das ist unser Hauptkritikpunkt.

In der Antwort auf diese Anfrage finden wir einen bemerkenswerten Satz, der ganz viel über diese Landesregierung aussagt. Auf Seite 237 sagt die Landesregierung nämlich:

„Wo Zeitungen als bisher wichtigste Quelle zur lokalen Information nicht mehr so intensiv genutzt werden, schließen Anzeigenblätter vielfach diese Lücke.“

Meine Damen und Herren, die Landesregierung findet, dass Anzeigenblätter die Lücke von zurückgehendem Qualitätsjournalismus auf lokaler Ebene ausgleichen können. Das sagt viel über diese Landesregierung aus.

(Beifall von der SPD)

Ich komme zum Schluss. – Das passt ins Bild von dieser Landesregierung. Heute ist der Ministerpräsident und Medienminister entschuldigt. Bei den letzten 40 Ausschusssitzungen des Kultur- und Medienausschusses hat er 39 Mal gefehlt. Ein einziges Mal in zweieinhalb Jahren hat er teilgenommen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Alexander Vogt* (SPD): Herr Liminski ist heute zumindest als Medienstaatssekretär hier. Das ist aber kein Ersatz für die Tätigkeit eines Medienministers.

Wir erwarten nach dieser Anfrage, dass die Landesregierung endlich tätig wird. Ob nun mit einem Medienminister Armin Laschet oder ohne: Begeben Sie sich auf den Weg. Stärken Sie den Journalismus in diesem Land.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Alexander Vogt* (SPD): Dieser ist extrem wichtig, auch für unsere Demokratie. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Vogt. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Stullich.

Andrea Stullich (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Studie der Landesregierung zur Situation des Zeitungsmarktes hier bei uns in Nordrhein-Westfalen ist für meine Begriffe exzellent. Sie beschreibt nicht nur die Entwicklung in der Zeitreihe, sondern sie eröffnet auch Perspektiven. Im Namen der CDU-Fraktion möchte ich mich daher herzlich bei allen bedanken, die an der aufwendigen Recherche für diese umfangreiche Antwort mitgearbeitet haben.

(Beifall von der CDU)

Unsere Demokratie braucht eine vielfältige Medienlandschaft, und gerade dem Lokaljournalismus kommt eine zentrale Funktion in der Demokratie zu. Darauf weist die Landesregierung zu Recht schon in der Vorbemerkung hin.

Leider stehen aber vor allem die Lokalzeitungen unter erheblichem Druck. Auflagen und Werbeerlöse sinken. Die gesellschaftliche Akzeptanz lässt nach, vor allem bei der jungen Zielgruppe. Hauptgrund für die Krise und auch Treiber dieser Krise ist das veränderte Mediennutzungsverhalten vieler Menschen.

Natürlich suchen auch junge Leute solide Informationen, aber in neuen Formaten, zum Beispiel in prägnanten Kurzmeldungen oder auch in Podcasts. Vielen, vor allem jungen Leuten, fehlt das Alleinstellungsmerkmal, der Zusatznutzen, weshalb sie noch Zeitungen lesen sollen, wenn doch das Internet Informationen in modernen Formaten liefert und das meiste davon gratis. Leider wachsen auch noch zu viele Jugendliche in Elternhäusern auf, in denen das Zeitunglesen nicht mehr zur alltäglichen Gewohnheit gehört. Wie sollen sie also spüren, wie attraktiv eine tägliche Zeitung sein kann?

Meine Damen und Herren, für mich persönlich ist Zeitunglesen nicht nur reine Informationsbeschaffung, für mich ist Zeitunglesen Genuss, Emotion, Muße natürlich, auch ein haptisches Erlebnis, vor allem am Wochenende auch ein Ritual. Mein Leben wäre ärmer ohne verschurbelte Buchbesprechungen im Feuilleton, ohne fünfspaltige Leserbriefe, in denen kraftvoll nach allen Seiten ausgeteilt wird, und auch ohne die Samstagsausgabe, in der meine Pressemitteilung wieder nicht abgedruckt wurde. Vor allem wäre aber mein Leben ärmer ohne kluge Leitartikel, ohne tiefgründige Analysen, ohne spannende Interviews, ohne Reportagen aus aller Welt und vor allem ohne umfassende Lokalberichterstattung, ohne gut recherchierte Geschichten über Menschen in meiner Region.

Ich brauche meine tägliche Dosis Lokalzeitung – zu Hause gerne gedruckt, unterwegs gerne online – und mache mir Gedanken darüber, wie die Zeitung von morgen aussehen kann, die Qualitätsjournalismus bietet, die man unbedingt lesen will, um mitreden zu können, die einen Mehrwert hat, der auch junge Leser begeistert.

Staatliche Zuschüsse für Redaktionen sind dafür sicher nicht die richtige Antwort. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen einen Journalismus erhalten, der redaktionell wie wirtschaftlich unabhängig ist.

Dass der Deutsche Bundestag im November beschlossen hat, künftig die Zustellung von Zeitungen zu fördern, halte ich für richtig, denn diese zweckgebundene Förderung gilt nur dem Vertrieb und eben nicht den journalistischen Inhalten.

Auch der reduzierte Mehrwertsteuersatz für elektronische Informationen gehört zu den wichtigen Rahmenbedingungen, mit denen wir den Verlagen helfen können, ebenso wie das verbesserte Leistungsschutzrecht im Internet.

Es ist eben nicht so, Kollege Vogt, dass nichts passiert, sondern es passiert etwas, und zwar an den richtigen Stellen, zum Beispiel auch durch Projekte im Rahmen der Ruhr-Konferenz. Auf alles, was die Bundespolitik macht, hat unser Ministerpräsident bewusst und positiv in Berlin Einfluss genommen. Ich bitte Sie, das einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das journalistische Profil, moderne Formate, Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit, Nutzwert und Crossmedialität sind nur einige Stichworte für Relevanz und Akzeptanz von Zeitungen. Und das Thema „Paid Content“ ist sicher noch nicht ausgeizt.

In Antwort 77 wird geschildert, wie die „Ibbenbürener Volkszeitung“ mit Themenabos im Netz Erfolg hat. Statt das gesamte Angebot zu abonnieren, können Leser für weniger Geld einzelne Themenwelten bu-

chen. Es kann also mit flexiblen Angeboten und guten Inhalten, die personalisiert werden können, gelingen, zahlungsbereite Leser im Netz zu finden. Allerdings ist es nicht Aufgabe der Politik, erfolgreiche Geschäftsmodelle für Medienunternehmen im digitalen Zeitalter zu entwickeln. Das ist Aufgabe der Verlage und der Redaktionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die gute Nachricht zum Schluss: Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen immer noch ein vielfältiges, hochprofessionelles und qualitativvolles Zeitungsangebot, vor allem im Vergleich zu anderen Ländern. Die Tageszeitung ist nach wie vor ein relevantes Informationsmedium bei leider sinkender Auflage im Printbereich, aber bei steigenden Zahlen digitaler Angebote.

In Antwort 76 schreibt die Landesregierung: Auf welchem Ausspielweg journalistische Inhalte die Nutzer erreichen, ist nicht entscheidend. Entscheidend ist eine hohe journalistische Qualität, die die Nutzer befähigt, sich in den demokratischen Diskurs einzubringen.

Wir unterstützen die Verlage auf diesem Weg. Dafür setzen wir bestmögliche Rahmenbedingungen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Stullich. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Nückel das Wort.

Thomas Nückel (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, Kollege Vogt, Sie haben recht. Es gibt zu viele Ein-Zeitungs-Städte. Da fehlt Vielfalt. Das hat jedoch die Politik – da schließe ich alle ein, nicht nur die Sozialdemokraten – lange nicht interessiert.

Anfang der 70er-Jahre – da ist beispielsweise unsere Heimatstadt ein negativer Vorreiter gewesen – gab es in Herne zunächst noch drei Zeitungen. 1980 hat schon die zweite geschlossen. Seitdem sind wir Ein-Zeitungs-Stadt. Danach hat sich die Entwicklung in vielen Städten wiederholt. Wir haben fast überall nur noch Ein-Zeitungs-Städte. Deswegen haben wir vielleicht auch heute das Problem, weil es jahrzehntelang eigentlich niemanden so richtig gestört hat.

Zu Beginn möchte ich mich bei den Autorinnen und Autoren der großen Antwort auf die Große Anfrage an die Landesregierung bedanken, denn sie gibt einen aktuellen Überblick über die Lage. Nach diesem Blumenstrauß zum Valentinstag wünscht man sich schon fast einen Schutzheiligen für die Medien in diesem Land. Der heilige Valentin ist es nicht, aber bei seinem Namensvetter Karl Valentin wird man fündig, der mit seinem vortrefflichen Sketch von der „gestrigen Zeitung“ und „was aus der vorgestrigen Zeitung morgen wäre“ sogar einen Teil der Antwort gibt.

Seit vielen Jahren sehen sich die Verlage, die Medienhäuser in Nordrhein-Westfalen in einer Krise. Sie finden nicht so richtig das Rezept dagegen. Aber damit stehen sie nicht alleine. Auch Deutschland steht in dieser Entwicklung nicht alleine.

Fast alle Medien zumindest der westlichen Welt stehen vor der gleichen Frage. Ihre Inhalte werden zwar gelesen, sie werden in den sozialen Medien sogar geteilt, die Reichweiten sind so groß wie nie, die Journalistinnen und Journalisten erreichen mit ihrer Arbeit ein Millionenpublikum, das jedoch – und das ist die eigentliche Tatsache – für die Arbeit der Journalisten nicht mehr zahlen will, als es für Spotify oder Netflix zahlt.

Vor fast 40 Jahren wurden in der alten Bundesrepublik mit ihren damals 60 Millionen Einwohnern jeden Tag 25 Millionen Zeitungen gedruckt. Heute sind es bei 80 Millionen Einwohnern noch gut 14 Millionen. Was da an Einnahmen aus Werbung und Verkauf weggebrochen ist, kann online natürlich nicht aufgefangen werden.

Jetzt kommt ein wenig versteckt die Forderung, der Staat müsse eingreifen. Ich bin als Liberaler – das ist, glaube ich, keine Überraschung – kein Freund von Subventionen. Im Medienbereich halte ich sie sogar für brandgefährlich, denn sie würden die Medien in eine Abhängigkeit bringen.

Es gibt eine Studie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Das sieht Pressesubventionen auch skeptisch. Vertriebssubventionen sollten wenn, dann nur kurzfristig gewährt werden, denn bei der Förderung von Redaktionen, mahnt das Ministerium an, könnten die Beispiele aus anderen Nachbarländern die Gefahr der Intransparenz belegen. Frankreich zeigt, dass auch eine umfassende Förderung den Niedergang der Zeitungen nicht aufhalten kann.

Die Studie des Bundessozialministeriums beschreibt auch, dass geringere Arbeitgeberbeiträge beispielsweise für journalistisches Personal – das ist auch ein Vorschlag –, Vertriebshilfen und Ähnliches die Entwicklung nicht aufhalten konnten.

Positiv sieht die Studie die Möglichkeit, Projekte zu fördern, die Leser, vor allem ältere, an digitale Produkte heranführen. Das ist vielleicht ein Weg, über den wir mit der LfM noch einmal nachdenken können. Bei Jüngeren könnten auch spannendere Formen noch fruchten.

Die Verlage haben natürlich auf ihre Art und Weise reagiert. Sie bieten attraktive Onlineangebote. Ein Digital-plus-Abo – so nennt man das ja – einer NRW-Zeitung kostet zwischen 4,99 Euro und 9,99 Euro, also genauso viel wie Socken auf dem Grabbeltisch beim Schlussverkauf. Das ist nicht nur günstig; das ist vor allem, verglichen mit den Preisen der gedruckten Zeitungen, extrem günstig.

Den Verlagen kann man also nicht vorwerfen, sie hätten ihre Hausaufgaben nicht gemacht – genauso wenig, wie man es den Redakteurinnen und Redakteuren vorwerfen könnte, von denen viele natürlich längst multimedial arbeiten, die Liveticker erstellen und so aktuell sind wie noch nie.

Ich glaube nicht, dass es die Lösung zur Rettung der Vielfalt gibt. Ich bin mir aber sicher, dass die Landesregierung mit ihrem Einsatz für den gemeinnützigen Journalismus auf Basis einer Initiative der FDP-Fraktion 2014 hier im Haus eine gute Idee auf den Weg gebracht hat. Der gemeinnützige Journalismus kann die Situation für Qualitätsjournalismus verbessern.

Die Initiative im Bundesrat ist auf einem guten Weg. Hier jetzt eine Initiative nur für NRW zu fordern, ist zu kurz gesprungen und fördert die Rechtsunsicherheit, fürchte ich. Wenn es Ihnen zu langsam geht, liebe SPD, dann hätten Sie zwischen 2014 und 2017 eben mehr Gas geben müssen.

Es gibt aber noch andere Möglichkeiten. Vielleicht ist ein Modell, wie es einige Streamingdienste verfolgen, sinnvoll. Für einen Grundbetrag erhält man den Zugriff auf ein Basisangebot wie bundesweite und internationale Meldungen sowie Kommentare; weitere Dienste wie Lokalausgaben und Sportdienste können dann günstig zusätzlich abonniert werden.

Den Königsweg gibt es nicht. Diese Landesregierung ist meines Erachtens aber gerade auf einem guten Pfad, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Einige Punkte hat meine Vorrednerin schon genannt. Die Ministerin wird sicherlich gleich auch noch darauf eingehen. Daher muss ich meine Redezeit nicht zu sehr überziehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Nückel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Nückel, natürlich kann man die Dinge so miteinander vergleichen, wie Sie es gerade getan haben.

Ich finde aber die Entscheidung sinnvoll, die Frankreich schon vor Jahrzehnten gefällt hat. Den Vertrieb zu stützen und Zeitungen im ganzen Land dadurch zu stärken, dass man sie überall kaufen kann, ist doch kein schlechtes Prinzip. Es ist auch nicht die Form von Subvention, die Sie meinen, wenn Sie davon sprechen, wir wollten jetzt die Verlegerinnen und Verleger subventionieren. Das haben sie doch bis heute nicht nötig. Dafür zu sorgen, dass man in Westfrankreich lesen kann, was im Elsass wichtig ist, und umgekehrt, ist aber interessant – vor allen Dingen deswegen, weil die Leute sehr viel unterwegs

sind. Es gibt durchaus Menschen, die mal da und mal dort leben oder Verwandte an anderen Orten haben. Insofern macht es Sinn, Zeitungen überall vorzuhalten. Das sehe ich als gute Idee an.

Deshalb finde ich auch die Initiative richtig, die in Berlin dazu gestartet wurde. In diesem Rahmen sind jetzt etwa 40 Millionen Euro vorgesehen. Das reicht natürlich nicht, um Vertrieb zu organisieren. Da könnte man mehr machen. Es ist aber eine Form medialer Vielfaltsunterstützung, die ich jedenfalls politisch für sehr sinnvoll erachte.

Was die Große Anfrage angeht, möchte ich zunächst all denjenigen meinen Dank aussprechen, die die Antworten erarbeitet und geschrieben haben. Das waren ja nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medienabteilung der Staatskanzlei, sondern auch, wie ich – hoffentlich richtig – im Hinterkopf habe, eine entsprechende Agentur, dieses Mal interessanterweise nicht aus Nordrhein-Westfalen. Das ist insofern interessant, weil sie sich einen Blick von außen gegönnt haben. Diesen Blick kann man auch mit sehr großem Interesse nachlesen und entsprechend konsumieren.

In der Studie wird das zum Ausdruck gebracht, was wir alle kennen: Die Entwicklung geht nach unten, was die mediale Vielfalt betrifft. Es gibt leider auch ein großes Zeitungssterben. Insbesondere kommt es zu einer Monopolisierung im Sinne der sogenannten Ein-Zeitungs-Kreise, was natürlich für uns alle bedauerlich ist, weil aus der Meinungsvielfalt genau das entsteht, was die Menschen am Ende interessant finden können.

Woran liegt das? – Aus unserer Sicht liegt es vor allem daran, dass die Verlegerinnen und Verleger sich mehr und mehr – eigentlich fälschlicherweise – aus dem Lokalen zurückziehen. Da liegt aus meiner Sicht aber die entscheidende Stärke. Das Entscheidende wäre, dass die Zeitungen vor Ort Relevanz dadurch erhalten, dass sie über das, was vor Ort geschieht, gründlich berichten, Hintergründe recherchieren, politische Zusammenhänge schildern und darstellen, wie Entscheidungen zustande kommen. Das findet leider nur noch vereinzelt oder nicht mehr so stark statt, wie wir es aus früheren Zeiten kennen.

Durch das Einbrechen dieser lokalen Relevanz bricht auch das Interesse an der Zeitung ein. Entsprechend wird sie weniger gekauft oder auch weniger online gelesen – wobei festzustellen ist, dass Online ohnehin noch kein Geschäftsmodell ist; denn noch verdienen die Zeitungen an Print und nicht an Online.

Das ist aus meiner Sicht der entscheidende Punkt. Es gibt einige, die das eine Zeit lang richtig gemacht haben. Darunter war zum Beispiel die „Rheinische Post“, die über Jahre sehr stark in das Lokale investiert hat. Das tut sie aber inzwischen auch nicht mehr so wie früher, sondern fasst auch stärker zusammen.

Und was beobachtet sie? Auch im Lokalen brechen ihr die Leser nach und nach weg.

Nehmen wir ein Gegenbeispiel, und zwar das „Kevelaerer Blatt“. Wer es kennt, weiß, dass es nur eine relativ kleine Auflage im lokalen Bereich hat. Kevelaer hat acht Ortsteile. In jedem Ortsteil gibt es diese Zeitung, die wöchentlich erscheint, zu kaufen. Das ist ein Erfolgsmodell. Der Verleger verdient Geld damit. Der Verleger hat eine große Kundschaft. Es gibt Interesse. Es gibt Resonanz. Die Leute wissen, was vor Ort bei Ihnen passiert. Das „Kevelaer Blatt“ kann man an jeder Tankstelle und an jedem Kiosk kaufen. Die Auflage ist natürlich nicht groß. Für Kevelaer ist sie aber schon riesig. Die „Rheinische Post“ ist dort nur die Nummer zwei – das muss man sich vorstellen –, was ja sonst am Niederrhein und im Rheinland eher selten ist; aber da ist es so.

Das „Kevelaer Blatt“ – ich war auf der 140-Jahr-Feier; so lange gibt es dieses Blatt schon – ist ein Beispiel dafür, dass lokale Relevanz auch Akzeptanz bis ins Portemonnaie bedeutet.

Von diesem Beispiel könnten sich die anderen Verlage eine Menge abgucken. Es wäre gut, wenn sie ihre entsprechenden Geschäftsmodelle noch einmal überprüfen würden. Denn wir brauchen natürlich eine Meinungsvielfalt im Print- wie im Onlinebereich, und wir brauchen sie vor allem mit dem lokalen Bezug.

Ich muss hier auch der SPD-Fraktion danken, weil sie meines Wissens diese Große Anfrage nun zum sechsten Mal gestellt hat. Wir haben das auch einmal gemeinsam initiiert, als wir hier gemeinsam zuständig waren. Das ist eine wichtige Kontinuität, weil in dieser sechsten Großen Anfrage zum Zeitungsmarkt NRW auf diese vielen verschiedenen Probleme hingewiesen wird.

Dass die richtige Antwort wäre, Journalistinnen und Journalisten stärker zu fördern, sehe ich eher nicht; da bin ich unsicher. Das Stiftungsmodell, mit dem man lokale journalistische Kompetenz fördert, fand ich aber gut. Ich würde mir auch wünschen, dass wir ähnliche Modelle für die Zukunft weiter diskutieren.

Einen Punkt will ich noch deutlich herausstellen. Meines Erachtens müssen wir uns klar darüber sein, dass wir diese gesamte mediale Vielfalt nur erhalten, wenn wir den ganz Kleinen unter uns frühzeitig beibringen, dass es gilt, mediale Kompetenz zu erringen. Deswegen habe ich im November 2019 einmal davon gesprochen, dass wir eigentlich auch ein Fach Medienkunde in der Schule einführen sollten, damit schon ganz früh begriffen wird, was es heißt, sich mit medialen Themen auseinanderzusetzen: Was ist eine Zeitung? Was ist das Radio? Was bietet das Internet? – Bei diesen Dingen müsste man eigentlich sehr früh anfangen, weil der alte Spruch „Was Hänschen nicht lernt, lernt Maria nie“ meiner Ansicht nach wie vor gültig ist.

Vor diesem Hintergrund plädiere ich sehr dafür, dass wir in den Schulen anfangen, Medienkompetenz zu vermitteln, damit später Zeitungen sowohl in gedruckter Form gekauft als auch ganz viel online konsumiert und womöglich sogar bezahlt werden. Darauf kommt es am Ende an. Sonst können Journalistinnen und Journalisten von dem, was sie tun, ja nicht leben.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Oliver Keymis (GRÜNE): Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Partei A, der eines der größten Zeitungshäuser und damit eines der größten Redaktionsnetzwerke des Landes gehört, fragt Partei B, deren Regierung der Haupteigner eines anderen großen Verlagshauses angehört, nach der Situation des Zeitungsmarktes im Lande. Was wie ein Stück von Orwell klingt, ist im Grunde das Wesen der vorliegenden Großen Anfrage der SPD, die mit der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft ein Gutteil des Zeitungsmarktes in Deutschland beherrscht.

Die Landesregierung hat, was offensichtlich nicht selbstverständlich ist, gewissenhaft und umfassend geantwortet. Aber insgesamt ist sie natürlich auch nicht ganz frei von Eigeninteressen in dieser Sache. Schließlich gehört Minister Holthoff-Pförtner – neben anderen – die Funke Mediengruppe, die den Medienmarkt im Ruhrgebiet beherrscht.

Der amerikanische Gründervater Benjamin Franklin muss an so etwas gedacht haben, als er sagte, dass es wohl Demokratie sei, wenn zwei Wölfe und ein Schaf über das Abendessen abstimmen. Besser kann man eigentlich nicht beschreiben, wie CDU und SPD hier Medienpolitik machen. Die kleinen Wölfchen von Grünen und FDP nicken brav dazu, damit ab und zu auch mal ein Happen vom Tisch der Großen für sie abfällt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Abgelesene Witze sind nicht lustig!)

Nun bin ich ja als AfD-Vertreter in der nicht immer schönen Position, gar keinen seriösen Journalismus aus Deutschland mehr erwarten zu dürfen. Deshalb kann ich hier auch ein paar Dinge aussprechen,

(Zuruf)

die Sie zwar wissen, aber in der Hoffnung auf freundliche Berichterstattung oder vielleicht auch aus ganz eigenen monetären Interessen lieber verschweigen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Ihre Motive sind klar!)

Ja, es ist richtig, dass nahezu alle Zeitungen in Deutschland mit sinkender Auflage zu kämpfen haben. Ja, es ist richtig, dass die Leserschaft immer älter wird und langsam ausstirbt. Ja, es ist auch richtig, dass qualitativ hochwertiger und vielfältiger Journalismus für eine Demokratie essenziell ist.

Sie glauben aber bzw. wollen glauben, dass an den Missständen, am Zeitungs- und Redaktionssterben in Deutschland, das böse Internet oder gar die bösen sozialen Medien schuld sind.

Das hält aber einem kritischen Blick auf die Realität nicht stand. Es gibt eine ganze Reihe von Publikationen, denen es gelingt, ihre Verbreitung auch und gerade über das Internet zu steigern. Viele davon sind auch unternehmerisch sehr erfolgreich. Neben einer Reihe journalistischer Start-ups gelingt es dabei auch alten Namen wie zum Beispiel dem „Handelsblatt“, am Markt zu bestehen. Letzteres kann seine Auflage seit 2013 kontinuierlich steigern. Auch bei den Lokalzeitungen – das können wir in der Antwort auf die Große Anfrage nachlesen – gibt es Erfolgsgeschichten.

Vielleicht liegt die Misere der anderen ja auch einfach an der journalistischen Monokultur, die dem Leser dort geboten wird. Vielleicht wollen die Bürger auch einfach nicht mehr die immer gleiche politisch korrekte Brühre serviert bekommen. Wie sonst ist es zu erklären, dass die „Neue Zürcher Zeitung“, die „NZZ“ – manche nennen sie ja schon „das neue Westfernsehen“ –, in Deutschland einen Auflagenrekord nach dem anderen einfährt?

Aber das alles sind bei Ihnen vermutlich Gedankenverbrechen. Sie stützen lieber eine veraltete und auch verkommene Medienlandschaft mit beherzten Griffen in die Taschen der Steuerzahler. Im November 2019 durften wir erfahren, dass Sie mit 40 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt die Zeitungsverleger, also zum Teil sich selbst, subventionieren wollen.

In der vergangenen Woche lasen wir im „FOCUS“, dass die Bundesregierung beabsichtigt, auf die Rundfunkgebühr nun noch eine Art Zeitungs-GEZ aufzuschlagen, um Ihre Verlegerfreunde weiter zu füttern. Das wäre schon deshalb ein Verfassungsbruch, weil das eindeutig eine Länderangelegenheit ist.

Wir hätten das gerne im Rahmen einer Aktuellen Stunde diskutiert. Aber das Landtagspräsidium fand – sicher aus guten Gründen –, dass wir das nicht tun sollten.

Wir konnten auch lesen, dass ein vermeintlich unabhängiges Expertengremium die Mittel dann an die richtigen Verleger verteilen soll. Das wiederum erinnert doch sehr an einen Rundfunkrat, in dem wieder Ihre Freunde das Sagen haben werden.

Meine Damen und Herren, viel mehr ist zu dieser Anfrage eigentlich auch nicht zu sagen. Ihnen geht es nicht um Vielfalt und Qualitätsjournalismus, sondern um Kontrolle und Gefälligkeitsjournalismus. Deshalb sind diese Anfrage und die Antwort darauf auch nicht viel mehr als Staatstheater. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach in Vertretung für den Ministerpräsidenten.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für unsere Demokratie sind vielfältige und unabhängige Medienangebote und professioneller Journalismus unerlässlich.

Die Umbrüche auf dem Medienmarkt durch die Digitalisierung stellen die Verlage seit einigen Jahren vor besondere Herausforderungen. Auf dem Printmarkt brechen die Erlösquellen weg, und der digitale Wandel zwingt die Medienhäuser, neue Wege der Refinanzierung ihrer Inhalte zu finden.

Die vorliegende Antwort auf die Große Anfrage belegt daher einmal mehr, wie weit fortgeschritten der Wandel weg von den gedruckten Verlagsprodukten hin zu den Angeboten im Netz bereits ist.

Große Anfragen zum hiesigen Zeitungsmarkt gehören in Nordrhein-Westfalen inzwischen schon zu einer guten Tradition – und auch, dass die Landesregierung mit ihren Antworten einen umfassenden und detailreichen Lagebericht zur Situation unserer Zeitungshäuser liefert. Auch die vorliegende Antwort enthält eine Vielzahl von aktualisierten Daten und Fakten, zum Teil um neue Themen ergänzt und neu bewertet.

Darüber hinaus hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Gelegenheit genutzt, auch die in die Zukunft weisenden Maßnahmen und Impulse zu skizzieren, mit denen für die Zeitungsbranche bestmögliche Rahmenbedingungen gesichert werden sollen. Die Ergebnisse der umfangreichen Recherche sind unter anderem:

Nach wie vor haben wir in Nordrhein-Westfalen eine vielfältige Zeitungslandschaft – gerade auch im internationalen Vergleich. Qualitativ hochwertiger Lokaljournalismus steht allerdings unter ökonomischem

Druck. Landesweit zeigen sich bei allen Zeitungstypen in den letzten drei Jahren erhebliche Auflagenverluste. Die regionalen und überregionalen Abonnementzeitungen haben jeweils rund 11 % ihrer Auflage verloren. Bei den Boulevardzeitungen zeigen sich noch deutlich stärkere Verluste. Sie haben in den letzten drei Jahren knapp ein Drittel ihrer Auflage eingebüßt.

Die Einnahmeverluste aus der sinkenden Auflage der gedruckten Zeitungen lassen sich bislang nur begrenzt mit Erlösen aus digitalen Angeboten ausgleichen.

Die Antwort belegt auch die Bedeutung der Zeitungsbranche für die Lokalberichterstattung. Sie wird von keinem anderen Medium so ausdifferenziert angeboten. Trotz des weiter steigenden wirtschaftlichen Drucks wurde das redaktionelle Angebot nicht spürbar reduziert; die Berichterstattung im Lokalteil der Tageszeitungen ist seit 2016 sogar leicht angestiegen.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen unterstützt daher konsequent politische Weichenstellungen wie zum Beispiel die EU-Urheberrechtsreform mit der Einführung eines europäischen Leistungsschutzrechts und die Ausweitung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von Print auf digitale Zeitungsprodukte.

Darüber hinaus hat die Landesregierung zum 1. Januar 2019 die Stiftung „Vor Ort NRW“ in die Landesanstalt für Medien reintegriert – wie im Koalitionsvertrag angekündigt –, um die Landesanstalt für Medien bei der staatsfernen Journalismusförderung zu stärken.

Auch gemeinnütziger Journalismus – das haben wir heute schon gehört – kann Beiträge zur Stärkung der Medienvielfalt leisten. Die Landesregierung hat deshalb im Bundesrat eine Initiative zur Änderung der Abgabenordnung eingebracht, die dafür bessere rechtliche Rahmenbedingungen schaffen soll.

Im Rahmen der Ruhr-Konferenz stoßen wir in diesem Jahr zudem fünf regionale Medienprojekte an, die Blaupausen für innovative Ansätze auch andersorts werden können. Im aktuellen Haushaltsjahr 2020 stehen dafür Mittel in Höhe von rund 1 Million Euro bereit.

Nicht zuletzt begrüßt es die Landesregierung, dass der Bundestag Mittel für die Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern bereitstellt. Das kann dazu beitragen, dass die Zeitungsverlage in den nächsten Jahren zusätzlich Luft für einen Übergang in die digitalen Geschäftsmodelle erhalten.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zeigt: Nordrhein-Westfalen hat eine vielfältige Medien- und Zeitungslandschaft. Der Druck ist aber immens. Daher müssen Medienbranche und Politik

gemeinsam an bestmöglichen Rahmenbedingungen für unabhängigen und vielfältigen Journalismus arbeiten.

Dazu gehört eine medienfreundliche Rechtsetzung über das engere Medienrecht hinaus. Dazu gehören konkrete staatsferne Hilfen wie jene des Journalismus Lab der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen. Dazu gehören neue Initiativen etwa im Rahmen der Ruhr-Konferenz, die Raum für die Erprobung neuer journalistischer Ideen schaffen.

Herr Abgeordneter Vogt, Sie haben auf die Ausführungen der Landesregierung zu den Anzeigenblättern abgehoben. – Die Antwort der Landesregierung legt dar, dass Anzeigenblätter nicht die gleiche Redaktionsstärke wie andere Angebote haben – nur um das noch einmal sehr deutlich klarzustellen. – Insofern danken wir Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2 angelangt.

Ich schließe die Aussprache und stelle fest, dass die **Große Anfrage 13** der Fraktion der SPD beantwortet und, was den parlamentarischen Bereich angeht, damit für heute auch **erledigt** ist.

Ich rufe auf:

3 Nichtstun ist keine Option: Landesregierung muss aus ihrem Winterschlaf erwachen und endlich ein Altschulden-Konzept vorlegen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8575

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Mostofizadeh hat für die antragstellende Fraktion das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Selten traf der Titel eines Antrags mehr zu als der vorliegende auf diesen Sachverhalt.

(Widerspruch von der FDP)

Man könnte ja fragen: Warum beantragen die Grünen zum dritten Mal das Thema „Altschulden“ in diesem Landtag? Ich kann Ihnen sagen, warum: Der Ministerpräsident dieses Landes hat dies als die zentrale Aufgabe für das Ruhrgebiet bezeichnet und gesagt: Die Lösung der Altschuldenfrage muss vor allem stehen. Wir müssen sie schnell angehen. Nordrhein-Westfalen, das Ruhrgebiet und viele andere

Städte, die damit zu tun haben, müssen einen Neustart in der Schuldenfrage bekommen.

Was haben wir heute? – Nichts. Wir haben das Signal aus Berlin, dass Bundesfinanzminister Scholz – der jetzt offensichtlich auch noch andere Probleme zu lösen hat – sagt: Ich habe mir mein Konzept angesehen und festgestellt, dass ich dafür das Grundgesetz ändern muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch fast schon eine Verhöhnung derjenigen, die sich sachlich um diese Frage kümmern.

Deswegen muss diese Landesregierung endlich ein Konzept auf den Tisch legen, das es wert ist, diskutiert zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Frau Ministerin, ich weiß, dass wir in der Analyse eigentlich übereinstimmen. Sie werden gleich vortragen, dass Sie sich bemüht haben, Veranstaltungen durchgeführt haben usw. Deshalb macht es mich umso betroffener.

Wir hatten eine beeindruckende Veranstaltung, bei der die Kommunalos, also diejenigen, die betroffen sind, die überschuldet sind – wie Oberhausen oder eine Stadt wie Dortmund, die nicht einmal im Stärkungspakt ist, aber trotzdem 1,5 Milliarden Euro Schulden hat, oder meine Heimatstadt mit 2 Milliarden Euro Schulden –, klar gesagt haben: Natürlich packen wir mit an. An uns wird es nicht scheitern. Wir werden auch deutlich mehr tun, als wir es eigentlich für fachlich richtig halten, um Abhilfe zu schaffen.

Warum das alles? Wir reden ja nicht nur über die nackten Zahlen, sondern auch über einen weiteren Punkt. Denn alle Statistiker und Experten sagen uns: Euch laufen die guten Leute weg, wenn ihr keine Perspektive bietet.

Ich will das am Beispiel meiner Heimatstadt schildern. Die Stadt Essen hat 2 Milliarden Euro an Kassenkrediten. Wollte man sie in 30 Jahren auflösen – was eigentlich weit hinter dem liegt, was die Gemeindeordnung fordert –, müssten wir 70 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich konsolidieren. Zum Vergleich: Der Sportetat der Stadt Essen – mit dem wir durchaus im Mittel der Großstädte und auch aller anderen Städte pro Kopf liegen – beträgt rund 20 Millionen Euro.

(Henning Höne [FDP]: Mit oder ohne Stadion?)

– Qualifizierter Zwischenruf. – Wir bräuchten also dreieinhalbmal den Sportetat für alle Sporthallen, für alle Sportplätze, für alle Förderprogramme.

Um auf den qualifizierten Zwischenruf von Herrn Höne zurückzukommen: Über das Fußballstadion in Essen kann man ja diskutieren. Das alte war abgängig. Es gab zwei Optionen: Abriss und kein Stadion

oder Neubau. Eine Sanierung aber war völlig ausgeschlossen und hätte im Übrigen das Gleiche gekostet.

Halten Sie sich doch zurück, und kümmern Sie sich darum, diese Region wieder in Ordnung zu bringen. Das wäre die Aufgabe dieser Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Weil wir schon dabei sind, die Schulddebatte zu führen: Das können wir gerne machen. Es wird dazu führen, dass man feststellt, dass es einzelne Fehlentscheidungen gibt. Wir Grünen sind in Essen in der Opposition. Da könnte ich Ihnen viele Beispiele nennen. Aber jeder hier im Raum, der sich mit der Materie auseinandersetzt, weiß: Die Kosten für die sozialen Aufwendungen führen dazu, dass die Kassenkredite ansteigen. Das ist wissenschaftlich unumstritten.

Deswegen setzen sich CDU, SPD und Grüne doch dafür ein, dass der Bund seine Verantwortung trägt. Dabei will ich sehr klar betonen: Es kann nicht sein, dass der Bundesfinanzminister die 23 Milliarden Euro, die uns betreffen, als Bundesschuld übernimmt und dann sagt: Wir haben damit nichts mehr zu tun; mit den Soziallasten setzen wir uns nicht mehr auseinander.

Wir müssen drei Dinge tun:

Wir brauchen einen Neustart bei den Altschulden. Wir müssen ein Konzept entwickeln, damit diese Schulden nicht wieder aufwachsen. Wir werden Ihnen sehr bald Vorschläge dazu vorlegen. Auch das wird Geld kosten. Die Landesregierung wird ein Monitoring durchführen müssen, damit es nicht wieder zu dieser Schieflage kommt. Man muss ein System entwickeln, das dazu führt, dass Kassenkredite gar nicht erst entstehen.

Die betroffenen Kommunen müssen auch unter harte Haushaltsaufsicht gestellt werden.

Außerdem brauchen wir Investitionen in die Zukunft.

Denn alles, was wir hier im Landtag diskutieren – Verkehrswende, Klimaschutz, Innovationen vor Ort und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit –, geht doch nur in einem positiven Investitionsklima und nicht unter dem Damoklesschwert, dass eine Stadt wie Essen mit 70 Millionen Euro, eine Stadt wie Dortmund mit 60 Millionen Euro und auch Oberhausen verschuldet sind. Wir brauchen ein positives Signal für dieses Land.

Genau deswegen ist die Ausgangslage aber schlecht. Ich glaube nicht, dass es mit einer CDU, in der jetzt Friedrich Merz an die Spitze kommt und Herr Brinkhaus erklärt hat, aus Berlin gebe es kein Geld, und mit einer FDP, die seit Thüringen andere Probleme hat, positiver geworden ist.

(Henning Höne [FDP]: Kommen Sie endlich zu unserer Rettung!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Deswegen wäre es an der Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Ministerin, dass Sie jetzt ein Konzept vorlegen und zumindest erklären, dass der Landesfinanzminister bereit ist, die 440 Millionen Euro, die im Stärkungspakt zur Verfügung stehen, nicht zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen, sondern für die Entschuldung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Déus.

Guido Déus (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ausweislich der von IT.NRW ermittelten Zahlen haben die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen eine Gesamtverschuldung durch sogenannte Liquiditätssicherungskredite in Höhe von rund 23 Milliarden Euro.

Bundesweit liegt die Verschuldung in diesem Bereich in den drei Ländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland nach Angaben des Städtetags bei rund 42 Milliarden Euro.

Schon seit einiger Zeit spricht Bundesfinanzminister Olaf Scholz öffentlich davon, den Kommunen die Hälfte ihrer kurzfristigen Kassenkredite in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ländern abnehmen zu wollen. Ministerpräsident Armin Laschet hat daraufhin unmittelbar eine substanzielle finanzielle Beteiligung unseres Landes in Aussicht gestellt. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin unseren Ministerpräsidenten:

„Der Bund hat eine Lösung der Altschuldenproblematik angekündigt, und wir werden dabei substanziell helfen und unseren Beitrag leisten. ... Der Zustand, wie wir ihn heute haben, ist auch ein Aufsichtsversagen über 30 Jahre.“

(Beifall von der CDU)

Zwingende Voraussetzung für eine Beteiligung Nordrhein-Westfalens ist aber eine konkrete Ausgestaltung des Vorschlags von Bundesfinanzminister Olaf Scholz – zumindest in Form von Eckpunkten für ein Gesetz. Bislang muss jedoch leider festgehalten werden, dass der Bundesfinanzminister gegenüber den beteiligten Ländern und der kommunalen Familie jegliche Konkretisierung vermissen lässt.

Darüber hinaus ist es aus unserer Sicht notwendig, nicht nur den Abbau der bestehenden kommunalen Schulden in den Blick zu nehmen, sondern zeitgleich sicherzustellen, dass einer erneuten Verschuldung wirksam entgegengewirkt wird.

Der Abbau der Kassenkredite ist eben nur ein Teil der Lösung. In die Gespräche mit dem Bundesfinanzminister gehört auch das Thema der aufgabengerechten Finanzierung der Länder und Kommunen. Wir halten es für unverzichtbar, die adäquate Ausfinanzierung insbesondere bundespolitisch veranlasseter Sozialkosten, die den Kommunen aus Pflichtaufgaben heraus entstehen – der Kollege hat es eben schon angesprochen –, in den Blick zu nehmen und eine aufgabengerechte Finanzierung sicherzustellen.

Mit dem vorliegenden Antrag suggeriert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Landesregierung sich nicht um das Thema „kommunale Altschulden“ kümmern würde. Das ist schon ziemlich dreist. Die Landesregierung von CDU und FDP unter Ministerpräsident Armin Laschet ist doch diejenige, die sich nach Jahrzehnten rot-grüner finanzieller Misswirtschaft intensiv um die Kommunen kümmert und sich als deren Partner versteht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Lachen von Heike Gebhard [SPD])

– Ich bringe gerne Beispiele.

Wir waren und sind es, die den Kommunen endlich wieder echte 23 % an den Einnahmen des Landes aus seinem Anteil an der Körperschaft-, Einkommen- und Umsatzsteuer zur Verfügung stellen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Seit 2017 haben wir den Kommunen alljährlich höhere Finanzmittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

In diesem Jahr verfügen die nordrhein-westfälischen Kommunen über 12,8 Milliarden Euro aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz.

(Heike Gebhard [SPD]: Große haushalterische Kompetenz!)

Das ist mehr als jemals zuvor in Nordrhein-Westfalen.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Jetzt zum Altschuldenkonzept! – Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU]: Ihr habt doch auch keins!)

Mit einer Vielzahl von Förderprogrammen unterstützen und entlasten wir Kommunen und Bürger ganz konkret.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Besonders beim FlÜAG!)

– Darüber werden wir noch reden, Herr Kollege.

Ministerin Ina Scharrenbach hat ebenso frühzeitig öffentlich klar und deutlich auf unseren Handlungswillen in Sachen „Altschulden“ hingewiesen – auf die historische Chance zum Abbau von Altschulden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere der SPD, in Nordrhein-Westfalen wird nicht geschlafen. Aber es ist Bundesfinanzminister Olaf Scholz – Klammer auf: SPD; Klammer zu –, der, seinerzeit in Sachen des eigenen Wahlkampfs um den Parteivorsitz unterwegs, unterschiedliche Vorschläge – ich nenne sie ungedeckte Schecks – in den Raum geworfen hat und bis heute ein Konzept vermissen lässt.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Déus, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch von einer Kollegin und einem Kollegen nach Zwischenfragen.

Guido Déus (CDU): Nicht jetzt. Am Ende gerne.

(Andreas Becker [SPD]: Das glaube ich!)

Seine Forderung, die Bundesländer müssten sich einigen, ist schon etwas schizophr. Wenn hier jemand den Verhandlungsauftrag hat, dann der Bundesfinanzminister selbst!

Vielleicht wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ja mehr als ich.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Mit Sicherheit sogar!)

Denn meines Wissens muss das Konzept des Bundesfinanzministers im Moment so aussehen.

(Der Abgeordnete hält ein Blatt Papier hoch.)

Sie sehen richtig: ein weißes Blatt Papier.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Jubel hätte geholfen!)

Lassen Sie uns, jeder in seinem Bereich, unsere Kontakte zur Bundesebene nutzen. Lieber Kollege Kutschaty, Sie könnten hierbei sicherlich helfen und Ihren Einfluss auf den Bundesfinanzminister nutzen,

(Thomas Kutschaty [SPD]: Kein Problem! Läuft!)

damit Olaf Scholz endlich einen Verhandlungsgrundstock vorlegt.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Wie wäre es denn mit Einfluss auf Ihren Fraktionsvorsitzenden?)

Wir haben gesagt – ich wiederhole es gerne –: Wir wollen und wir werden uns substantiell finanziell beteiligen, und zwar lieber heute als morgen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Déus. – Sie hätten noch elf Sekunden Redezeit. Wenn Sie möchten, würde ich die Zwischenfragen zulassen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das hat er doch schon gesagt! Am Ende!)

Guido Déus (CDU): Bitte schön.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die erste Frage kommt von Herrn Mostofizadeh von Bündnis 90/Die Grünen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Frage zulassen. – Die Frau Ministerin erklärt uns zutreffenderweise, dass im Koalitionsvertrag von CDU und FDP steht, dass Sie eine Zinshilfe für die betroffenen Kommunen vorsehen. Darin steht nichts von Bundesfinanzminister Scholz oder sonst irgendjemandem.

Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie so lange nicht handeln werden, bis Herr Scholz etwas vorlegt?

Guido Déus (CDU): Lieber Herr Kollege, wir sind auf jeden Fall der Auffassung, dass Herr Scholz, nachdem er es vor einigen Monaten angekündigt hat, erst einmal etwas vorlegen sollte. Denn wenn Sie in Ihrem Leben eines Tages irgendwann einmal Verhandlungen geführt haben, dann wissen Sie, dass eine vorschnelle Äußerung unsererseits, was wir konkret zu tun bereit wären, auf der Gegenseite nur zu einem führen wird, nämlich zur Verweigerungshaltung, sich hier zu beteiligen.

Ich glaube, er hat in den Raum geworfen, dass der Bund erheblich massiv helfen wird. Ich denke auch, dass es richtig ist, dass der Bund sich hier massiv beteiligt. Denn Sie haben es eben richtig gesagt: Der Grund allen Übels liegt meistens in den verschobenen Soziallasten des Bundes. – Darauf warten wir, und dann werden wir die entsprechende Antwort geben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Vielen Dank für das Zitat!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Déus. – Jetzt hat Frau Kollegin Gebhard für ihre zweite Zwischenfrage das Wort, nein, für ihre

erste Zwischenfrage, aber die zweite insgesamt. – Wir haben es vorhin so verstanden, dass Sie die auch zulassen. – Bitte sehr.

Heike Gebhard^{*)} (SPD): Ich hätte auch zwei, so ist es nicht. – Herzlichen Dank, Frau Präsidentin, für das Wort. Herzlichen Dank auch an Sie, Herr Déus, dass Sie die Zwischenfrage, die Abschlussfrage zulassen.

Ist Ihnen bekannt, dass 2010 die rot-grüne Landesregierung den Haushalt mit einer Finanzplanung mit 5 Milliarden Euro Neuverschuldung vorliegen hatte, sogar mit einer Mittelfristigen Finanzplanung von 6,2 Milliarden Neuverschuldung, dass sie diese von der schwarz-gelben Regierung übernommen und es trotzdem geschafft hat, einen Stärkungspakt für die Kommunen aufzulegen, sodass Sie, glaube ich, mit den Tönen, die Sie vorhin genannt haben, etwas unpassend waren? Stimmen Sie mir da zu?

Guido Déus (CDU): Ich möchte mit Ihnen ungerne über solche vergangenen Zeiträume sprechen, in denen ich selbst noch nicht im Parlament gewesen bin.

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Ich gehöre auch nicht zu den Kollegen, die alles immer schlechtreden, was in Vorgängerregierungen gelaufen ist. Fakt ist, es ist unsere Regierung, die es geschafft hat, einige Jahre in Folge

(Stefan Kämmerling [SPD]: Jetzt meint er aber euch!)

keine Neuverschuldung in diesem Land zuzulassen, und massiv in die Unterstützung der Kommunen geht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Wir räumen auf, was Sie in über 50 Jahren hinterlassen haben. Dafür brauchen wir ein bisschen Zeit,

(Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

und die werden wir uns auch nehmen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Weiterer Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Déus. – Als nächster Redner hat nun für die Fraktion der SPD der Kollege Abgeordneter Körfges das Wort. Bitte sehr.

Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich bin hin- und hergerissen, bezogen auf den bisherigen Verlauf dieser Debatte, denn in vielem sehe ich zwischen den beiden Rednern, die vor mir gesprochen haben, und der Meinung der SPD eine

hohe Übereinstimmung. In einigen Bereichen, kann ich nur sagen, sind die Grenzen von Eigenlob und verkehrter Rückwärtsbetrachtung sicherlich sehr fließend gewesen.

Wenn man heute mit Vertretern der kommunalen Familie zum Beispiel über kommunalfreundliche Landesregierungen spricht, wird man mit Dingen wie Flüchtlingskosten, aber auch mit Dingen wie fehlenden Vorstellungen zu den Altschulden sofort konfrontiert.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir uns jetzt zum mittlerweile vierten oder fünften Mal hier mit dem Thema Altschulden auseinandersetzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist schon deshalb hilfreich, weil er zu Recht thematisiert, dass die Altschulden tatsächlich eines der größten Probleme für unsere Kommunen sind. Denn die Frage, ob gute Kinderbetreuung, Bildungsangebote, ein verlässlicher ÖPNV, eine gute Infrastruktur vorgehalten und notwendige Investitionen in einer Stadt getätigt werden können, wird wesentlich von Altschulden beeinflusst, unter denen viele Städte und Kommunen bei uns leiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – es klang gerade schon so ein bisschen an –, um unsachlichen Einwürfen von vornherein entgegenzutreten: Wir sind und waren uns in diesem Hause – und da bin ich mehr als Zeitzeuge, ich war damals im Oktober 2010 aktiv beteiligt – darüber einig, dass die wesentlichen Ursachen für diese Altschulden der Strukturwandel und die Übernahme von Sozialleistungen durch die Kommunen sind. Wer das leugnet, wie zum Beispiel der bemerkenswerte Herr Keuter von der AfD im Deutschen Bundestag, der behauptet, wir würden die Misswirtschaft von Kommunen belohnen wollen, redet nach meiner Meinung groben Unfug.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Aha!)

– Ja, Sie können sich Ihren Zwischenruf gerne sparen, Herr Tritschler. Ich denke, Sie haben mehr Ahnung von nationalbefreiten Zonen als von der Realität in unseren Kommunen.

(Beifall von der SPD)

Wenn wir wollen, dass die Lebensbedingungen für alle Menschen – denn um die geht es hier – nicht durch die Postleitzahl bestimmt wird, dann müssen wir etwas tun. Die Chancen waren noch niemals so groß wie heute.

Die Feststellungen im Antrag sind zum überwiegenden Teil richtig. Auch wir finden, nachdem wir den Stärkungspakt – leider gegen den Widerstand der CDU, aber sie sieht das heute offensichtlich anders – durchgesetzt haben, dass mit diesen, den Kommunen zugewandten Geldern, die jetzt in absehbarer Zeit frei werden, eine Menge Gutes gemacht werden

kann, zum Beispiel der Landesanteil für den Altschuldenfonds erhöht werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gegen eines will ich mich ganz deutlich verwahren: gegen dieses Altschuldenmikado, das heute Morgen wieder fröhliche Urständ feiert. Der eine sagt, solange der andere nichts tut, bewegt sich nichts. Dabei kann man als agierende Politikerin oder agierender Politiker sicherlich nicht viel verlieren, aber dabei verlieren die Menschen in unserem Lande, nämlich die Chance auf gleichberechtigte Lebensbedingungen.

(Beifall von der SPD)

Jeder beruft sich auf die Notwendigkeit; Herr Ministerpräsident Laschet ist ja eben schon zitiert worden. Ich kann nur sagen: Die Äußerungen des Bundesfinanzministers sind an der Stelle an Klarheit kaum zu überbieten. Er bietet die Übernahme der Hälfte der Altschulden an. Wenn dann im Deutschen Bundestag der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion behauptet, das sei Ländersache, und ein Herr Haase, auch ein CDU-Bundestagsabgeordneter, angeblich in der Kommunalpolitik bewandert und aus Höxter stammend, noch einen draufsetzt und gar die Verfassungsfrage ins Spiel bringt, dann kann ich nur sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Da hat offensichtlich die CDU in Berlin wesentlich mehr Überzeugungsarbeit zu leisten als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Ich will an der Stelle ganz deutlich sagen: Wir sind stolz darauf, dass wir uns über alle Ebenen hinweg – bei den Parteivorsitzenden der SPD angefangen, über die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundeskabinetts in Berlin bis hin zur Bundestagsfraktion und den Landesgruppen – in der Tatsache einig sind, dass geholfen werden muss. Aber wenn man wirksam helfen will, meine Damen und Herren, dann darf man auch Verhinderungsargumenten, wie zum Beispiel dieser Verfassungsfrage, nicht so ohne Weiteres ausweichen.

Ich weiß jetzt, was gemeint ist, wenn darauf verwiesen wird, das sei doch Ländersache. Aber uns ist es doch auch in anderen Bereichen gelungen, das unmittelbare Zusammenhangsverbot zwischen Bund und Kommunen wirksam zu überwinden, indem wir die Landesebene bewusst eingeschaltet haben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verlangen doch nicht mehr und nicht weniger, als dass das Land Butter zu den Fischen gibt, nämlich genau sagt, in welcher Größenordnung man sich beteiligen will, dann mit der Summe X nach Berlin fährt und sagt: Wir sind dazu bereit, unseren Teil zu tragen. – Ich bin sicher, die Kommunen in unserem Lande werden uns das danken ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Hans-Willi Körfges (SPD): ... und gerne auch ihren Teil dazu beitragen. Das, was im Augenblick passiert, nutzt niemandem. Diese Verweigerungs- und Mikadohaltung nach dem Motto ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Hans-Willi Körfges (SPD): ... „Wer sich bewegt, hat verloren“, meine Damen und Herren, schadet im Ergebnis nur den Menschen in unseren Kommunen. Deshalb sollten wir die Chance nutzen. Ich freue mich darauf, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Hans-Willi Körfges (SPD): ... im Ausschuss mit Ihnen diskutieren zu dürfen, und komme, Frau Präsidentin, jetzt zum Ende. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Körfges. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Höne das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Henning Höne (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Mostofizadeh, man muss sich ja fragen, inwiefern Sie mit dieser Debatte neue fachliche Erkenntnisse ans Tageslicht bringen wollten oder wie tief Sie eigentlich schon im Kommunalwahlkampf in Essen sind, in der Stadt, über die Sie gerade so viel gesprochen haben.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Die Unterschiede in den fachlichen Fragen sind gar nicht so groß. Das Thema wurde in der Tat in den letzten Jahren immer und immer wieder im Fachausschuss auf eine ganz angenehme und fachlich gute Art und Weise diskutiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Antrag möchten die Grünen die Landesregierung und die NRW-Koalition zum Loslaufen auffordern. Vor lauter Kommunalwahlkampf haben Sie leider übersehen, dass es bereits läuft. Ich habe mich gefreut, dass Sie in Ihrem Antrag die Ministerin zitieren, wie sie den Koalitionsvertrag zitiert:

Wir wollen den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zu einer Altschuldenhilfe weiterentwickeln, ohne jedoch kommunale Schulden zu vergemeinschaften.

Das ist weiterhin gültig. Dafür braucht es diesen Antrag nicht.

Meine Damen und Herren, der Stärkungspakt, der gerade schon angesprochen wurde und ohne die

Freien Demokraten übrigens gar nicht möglich gewesen wäre, war vom Grundsatz her ein Erfolgsmodell. Dieser Stärkungspakt hat ausgeglichene Haushalte in Kommunen ermöglicht, in denen dies lange unvorstellbar war. Das waren Hilfen des Landes; 440 Millionen Euro sind hier eben genannt worden. Die Hälfte davon war übrigens, Kollege Mostofizadeh, kein Landesgeld, sondern aus der kommunalen Familie über den Vorwegabzug in Form des Kommunal-Soli und Co. herausgezogenes Geld.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nein! Das ist unzutreffend!)

Es gab in den Städten allerdings auch einiges an Sparanstrengungen. Ich sage das anerkennend, ich sage das aber auch, weil ich finde, dass die Schulddebatte – ungefähr so haben Sie sie gerade bezeichnet – nicht so weggewischt werden sollte. Schließlich ist im Stärkungspakt auch deutlich geworden, dass es durchaus Sparpotenziale gab, die dann glücklicherweise auch gehoben wurden.

Meine Damen und Herren, kommen wir zum Bund. Die Zusagen des Bundes sind in der Tat nicht so viel wert, weil sie, sofern sie überhaupt irgendwo gedruckt wurden, bislang nur auf Zeitungspapier und nicht in Haushaltsplänen des Bundes standen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es wäre die Aufgabe des Bundesfinanzministers gewesen, das zu tun. Das hat er bislang allerdings unterlassen.

Darüber hinaus hat der Bundesfinanzminister auch noch eine Bedingung eingestellt, die – Stand heute – viele auch Ihrer Ideen, was Schuldenschnitt und Ähnliches angeht, unmöglich machen. Er hat nämlich gesagt, dass sich alle 16 Länder auf ein Modell einigen müssten. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle können die vier, fünf Länder von 16 aufzählen, die ein großes Interesse daran haben. Dann bleiben aber noch ganz schön viele Länder übrig, die nicht dafür zu haben sind, dass weiteres Bundesgeld in diese wenigen Länder fließt. Darum ist die Diskussion über die Sozialleistungen so wichtig.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat am 6. Februar dieses Jahres geschrieben – ich zitiere –: Ist es sinnvoll, löchrige Eimer mit Wasser zu befüllen? Sicherlich nicht. Die Diskussion über den Abbau kommunaler Kassenkredite zieht den zweiten Schritt vor den ersten. – Zitatende.

Genau das passiert an dieser Stelle auch wieder.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ist das Ihre Meinung?)

– Es geht auch nicht um die Frage, Herr Mostofizadeh, ob hier in Mikadomanier nach dem Motto „Solange der sich nicht bewegt, bewege ich mich auch nicht“ gehandelt wird. Und wenn dann die Gegenseite genau dasselbe sagt, passiert nichts. Darum

geht es nicht. Sagen Sie doch, an welchen Stellen es konkret werden soll. Dann müssen wir auf allen Ebenen daran arbeiten.

Herr Kollege Körfges, ich habe zu diesem Thema schon das eine oder andere Mal aus einer Pressemitteilung von Herrn Kutschaty und Herrn Mützenich nach einer gemeinsamen Sitzung zitiert – oder zumindest war Herr Mützenich bei Ihnen in der Landtagsfraktion, als Sie in Berlin waren. Wenn man sich diese durchliest – das kann ich jedem nur empfehlen –, findet man darin aber nicht, dass Herr Mützenich sehr für Ihr Modell und Ihre Vorschläge ist. Das steht dort mitnichten.

Also wiederhole ich meinen Appell: Wir alle sind gefragt, unsere Kolleginnen und Kollegen in Berlin davon zu überzeugen, dass hier etwas getan werden muss.

Die Landesregierung hat, was die Soziallasten angeht, an einer Stelle schon einen konkreten Vorschlag gemacht. Sie hat die Kosten der Unterkunft als ein Beispiel genannt. Davon würden alle Kommunen in allen Ländern profitieren, und am meisten würden die Kommunen davon profitieren, die bei uns am höchsten verschuldet sind. Insofern wäre es doch sinnvoll, zumindest die größten Löcher in diesen Eimern zu stopfen, bevor man über Einmalprogramme spricht. Denn sonst sprechen wir in 20 Jahren über die nächsten vermeintlichen Einmalprogramme.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Diese Diskussion, liebe Kolleginnen und Kollegen, setzen wir im Ausschuss natürlich fort. Ich freue ich darauf und bin gespannt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Theorie des Keynesianismus beruht im Wesentlichen darauf, dass der Staat in Zeiten schlechter Konjunktur Schulden machen und Geld ausgeben soll, während er in Zeiten guter Konjunktur seine Kredite zurückführt. Diese antizyklische Politik klingt zwar schlüssig, hat aber ein Problem: Sie hat noch nie einen Praxistest bestanden.

Dafür gibt es vor allem zwei Gründe. Erstens sind durch die Zwänge einer Demokratie Politiker nicht besonders zum Sparen geneigt, insbesondere dann nicht, wenn sie damit die Wohltaten ihrer Vorgänger nachträglich finanzieren.

Zweitens ist die öffentliche Hand viel zu träge, um ihre Investitionen und die damit verbundenen schwerfälligen Vergabe- und Genehmigungsverfahren so zu timen, dass sie wirklich in die Rezession fallen und nicht danach in Boomzeiten wieder künstlich Produktionskapazitäten verknappen. Das ist ein Effekt, den wir aktuell zum Beispiel im Straßenbau beobachten können.

Der vorliegende Antrag und das zugrunde liegende Problem würden sich als Lehrbuchbeispiel für diese Schwächen wunderbar eignen. Wir haben eine Partei, die antragstellende – nennen wir sie Partei G –, die jahrzehntelang im Land regiert hat und maßgebliche Mitverantwortung für den Schuldenberg trägt. Partei G hat auch in der ersten Hälfte des aktuellen, noch andauernden, aber sichtlich endenden Wirtschaftsbooms regiert. Zum Abbau des in Rede stehenden Schuldenbergs hat sie in dieser Zeit jedoch nichts beigetragen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nur 6 Milliarden Euro!)

Nun regiert Partei C, wobei das C eher symbolischer Natur ist. Partei C findet aktuell auch noch gute Konjunkturdaten vor, denkt aber nicht im Traum daran, Schulden zu bezahlen, die im Wesentlichen die Kollegen von Partei G und deren Freunde von Partei S zu verantworten haben. Also zeigen alle mit dem Finger auf alle.

(Jens-Peter Nettekoven [CDU]: Und was ist das Konzept von A? – Gegenruf von Markus Wagner [AfD])

Verlassen wir einmal die Theorie und schauen uns die konkreten Hintergründe an.

Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind strukturell unterfinanziert, und zwar, seitdem Partei S, also die SPD, und der hier aus nicht ersichtlichen Gründen so verehrte Ministerpräsident Johannes Rau in der ersten Hälfte der 80er-Jahre den Verbundsatz gesenkt haben. Da sieht man es, Herr Körfges – Sie sprachen gerade von nationalbefreiten Zonen, was auch immer das ist –: Wo die SPD regiert, ist man eben schnell in einer von Geld befreiten Zone.

(Beifall von der AfD)

Diese Misswirtschaft, die Sie zu verantworten haben, hat aber nicht dazu geführt, dass alle Kommunen in NRW völlig überschuldet sind. Nein, es gab und gibt eine ganze Reihe von Kommunen, die über recht gesunde Finanzen verfügen. Andere dagegen – und das sind schon auffällig oft diejenigen, die jahrzehntelang von Rot oder Rot-Grün regiert waren, Herr Körfges, Herr Mostofizadeh – pfeifen finanziell aus dem letzten Loch, und das auch in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen, wie es immer so schön heißt.

Warum ist das so? Ein wesentlicher Grund ist das, was man gerade auch wieder schamvoll als „Soziallasten“ tituliert hat. Was sich hinter diesem klangvollen Euphemismus hauptsächlich verbirgt, verrät uns zum Beispiel die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände zum aktuellen Haushaltsgesetz. Achtung, liebe Altparteien, folgende Fakten könnten Sie als rechtspopulistisch wahrnehmen. Dort heißt es – Zitat –: Die Kommunen

„... gewährleisten die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen und bewältigen die Herausforderungen der EU-Binnenmigration.“

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Genau!)

Meine Damen und Herren, offene Grenzen und Sozialstaat, das geht nicht zusammen. Das kostet Geld, viel Geld, und das fehlt dann an anderer Stelle.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Herr Remmel, beruhigen Sie sich doch. Ich habe nur zitiert.

Die Grünen, die derzeit weder im Bund noch im Land regieren, zeigen nunmehr wieder mit dem Finger auf andere, damit diese das Problem, das sie mitverantworten, beseitigen. Das ist nicht besonders ehrlich, aber doch eine legitime Forderung.

Was machen die Landesregierung und die verantwortliche Ministerin, die sich hier immer gern als die große Macherin inszeniert? Eigentlich nichts. Man zeigt lieber auf den Bund. Das kann man zwar machen, aber dort regiert ja auch die CDU, also die Parteifreunde der Ministerin.

Andere Länder haben dieses Problem gar nicht. In Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern sind die Kommunen im Wesentlichen finanziell gesund oder zumindest nicht in diesem Maße verschuldet. Warum ausgerechnet diese nun das Geld ihrer Bürger zur Sanierung unserer Kommunen aufwenden sollen, hat von den Beteiligten noch keiner erklären können.

So bleibt halt alles, wie es ist. Das Zeitfenster für die Lösung des Altschuldenproblems schließt sich. Die Kommunen sind weiterhin überschuldet, notwendige Investitionen finden nicht statt, und keiner will es gewesen sein.

Wir sind natürlich auch in diesem Fall nicht gegen eine Ausschussüberweisung, auch wenn die gefühlt hundertste Debatte dort an der Unfähigkeit oder zumindest Unwilligkeit der Altparteien nichts ändern wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Als nächste Rednerin hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir werden dieses Thema hier noch häufig auf Antragslage diskutieren, solange die Gespräche zwischen den Ländern und der Bundesregierung nicht abgeschlossen sind. Insofern darf ich auf eben diese laufenden Gesprächsprozesse zwischen der Bundesregierung und den Ländern Nordrhein-Westfalen, Saarland und Rheinland-Pfalz verweisen.

Aber – das ist schon angesprochen worden – der Bundesfinanzminister erwartet, dass alle anderen Länder ihre Zustimmung zu einer möglichen Lösung für eine Altschuldenhilfe mithilfe des Bundes erteilen. Das ist die große Aufgabe, vor der wir derzeit stehen.

Ich komme nun zu der Frage, wie sich die Kassenkredite entwickelt haben. Zum Jahresende 2018 schlugen in den 396 Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen rund 23 Milliarden Euro Kassenkredite zu Buche. Das sind immerhin gut 3 Milliarden Euro weniger – das will ich ausdrücklich betonen – als 2016.

Wir erleben also einen durchaus deutlichen Abbau dieser Kassenkredite. Das hängt auch damit zusammen, dass beispielsweise das Jahr 2017 das erste Jahr war, in dem die Kommunen nach 2008 endlich wieder einen Finanzmittelüberschuss in ihren Haushalten generiert haben. Nun nutzen sie diese Finanzmittelüberschüsse, um die Kassenkredite zurückzuführen. Das ist richtig, und das ist auch die gemeinsame Verabredung.

Hinzu kommt, dass sie im Jahr 2018, in dem sich dieser Prozess verstetigt hat, auch wieder richtig viel Geld in die Hand genommen haben, um in die kommunale Infrastruktur zu investieren: in Straßen, Schulen, Brücken, den Ausbau von Breitband und Vergleichbares.

Der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ist angesprochen worden. Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen besagt ganz klar: Wir werden den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ weiterentwickeln. – Das werden wir auch tun.

Zu den Ergebnissen des Stärkungspaktes. Der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“, den Sie geschaffen haben – das wurde hier bereits angesprochen –, hatte ursprünglich zum Ziel, sich auch mit den Kassenkrediten zu beschäftigen. Das hat aber, aus welchen Gründen auch immer, nicht geklappt.

Deswegen war jetzt das erste Ziel der Abbau der Ergebnisrechnungen des Defizits, um zu einem Ausgleich zu kommen. Dieses Ziel wurde durch Leistungseinschnitte für Bürgerinnen und Bürger auf der einen Seite und massive Steuererhöhungen auf der anderen Seite erreicht, sei es über die Grundsteuer

A und B oder über die Gewerbesteuer, die die Unternehmen trifft. Deswegen ist all das, was wir derzeit mit der Bundesregierung austauschen, auf die Frage gerichtet, wie ein mögliches Modell aussehen kann.

Es ist in der Tat die historische Chance, dass der Bund hilft. Denn er hat sich das erste Mal im vergangenen Jahr, am 10. Juli, per Bundeskabinettsbeschluss dazu eingelassen und gesagt: Ja, wir erkennen die Kassenkredite als Problem für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik an, und wir sind bereit, eine mögliche Lösung zu finden.

Es war das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass das Bundeskabinett das anerkannt hat. Das hat das Bundeskabinett auch anerkannt, weil Nordrhein-Westfalen sich massiv zusammen mit den anderen Ländern in die Unterarbeitsgruppe „Alt-schulden“ der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingebracht hat, weil wir es gemeinsam als Länder erreicht haben.

Deswegen wollen wir jetzt auch diesen Prozess gemeinsam mit der Bundesregierung vernünftig weiterführen. Denn es ist eben nicht trivial, welches Modell man baut. Es ist nicht klar, welches Modell der Bundesfinanzminister vor Augen hat. Es ist nicht klar, was am Ende ein Modell des Bundesfinanzministers auch für Nordrhein-Westfalen und die nordrhein-westfälischen Kommunen bedeutet.

Wenn am Ende dort steht, die Steuern müssen weiter erhöht werden, weiß ich nicht, ob das hier insgesamt zwischen Landesregierung und Landtag einhellig miteinander diskutiert wird. Denn Nordrhein-Westfalen ist heute schon Höchststeuerland innerhalb der Bundesrepublik. Nirgendwo sind die Steuern, ist die Grundsteuer-B-Belastung höher für die Bürgerschaft als in diesem Land. Das ist auch eine Folge des „Stärkungspakts Stadtfinanzen“ der Vorgängerregierung.

Deswegen setzen wir alles daran, diese Belastungen für die kommunale Familie, aber im Besonderen auch für die Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren. Dazu hat die Landesregierung in der Vergangenheit vielfältige Maßnahmen ergriffen.

Insofern, sehr geehrter Herr Abgeordneter Mostofizadeh bzw. Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, sind wir da einer Auffassung. Ich freue mich, dass Sie den Dreiklang der Landesregierung jetzt auch als Ihren Dreiklang vertonen: nämlich die Neuaufstellung, die Frage der Lösung der Wiederverschuldung und die Frage, was wir mit den Sozillasten machen. Das ist das, was die Landesregierung Nordrhein-Westfalen in diesem Prozess permanent vorträgt.

Wenn wir als Landesregierung – das habe ich auch immer offen gesagt – die Wiederverschuldungsregeln deutlich anziehen, also den Kommunen eine aufsichtsrechtliche sehr starke Einschränkung an die

Hand geben und sagen „Ihr dürft keine Kassenkredite mehr aufnehmen, oder nur unter bestimmten Auflagen“, bedeutet das gleichzeitig, dass das nur ehrlich ist, wenn die strukturelle Belastung der Haushalte über bundesgesetzliche Entscheidungen nachhaltig herauskommt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nee, das stimmt nicht!)

Sonst bleibt es unehrlich, weil die Wiederverschuldung an der Stelle sofort eintritt.

Das ist das, was wir miteinander diskutieren. Deswegen freue ich mich durchaus auf die weitere Diskussion. Doch ich darf dafür werben, dass die Gespräche mit der Bundesregierung und auch die Gespräche der Bundesregierung mit den anderen Ländern noch nicht beendet sind. Ich hoffe aber, dass wir bis zur Vorlage des Bundeshaushalts für das Jahr 2021 Klarheit darin bekommen, wie viel Geld bundesseitig zur Verfügung gestellt wird. In dem Zuge wird auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen entsprechend aktiv werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 46 Sekunden überzogen hat.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ist es möglich?)

Damit hat sie im Nachhinein die Redezeitenüberziehung der Fraktionen sozusagen legitimiert. Ich frage gleichwohl, ob es noch Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrats, der uns nahelegt, den **Antrag Drucksache 17/8575** an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen zu überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich die einstimmige Zustimmung des Hohen Hauses zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Wir kommen zu:

4 ‘Nacht der Solidarität’ auch für Obdachlose in Nordrhein-Westfalen – niemand darf aus dem System fallen.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8587

Ich darf für die antragstellende Fraktion der AfD Herrn Abgeordneten Dr. Vincentz das Wort geben.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Extreme Armut und Wohnungslosigkeit haben in Deutschland längst ein Ausmaß erreicht, das wirklich fassungslos macht. Lange Zeit befanden wir uns noch auf einem guten Weg. Zwischen 1999 und 2008 sank die Zahl der Wohnungslosen von 440.000 auf dann im Jahr 2008 auf 223.000.

Seitdem verzeichnen Sozialverbände und Hilfsorganisationen aber eine rasante Zunahme. So verfügten im Jahr 2016 bereits etwa 860.000 Menschen über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum mehr. 2020 indes dürfte laut Schätzungen sogar die 1,2-Millionen-Marke geknackt werden. Das muss man sich vorstellen. Auf 83 Millionen Menschen, die jetzt round about in Deutschland leben, haben 1,2 Millionen Menschen keinen abgesicherten Wohnraum mehr. Die meisten Menschen allerdings schaffen es immerhin noch, in Übergangsheimen, Notunterkünften, Frauenhäusern zu leben, oder kommen vorübergehend bei Freunden unter.

Man geht aber davon aus, dass rund 41.000 Menschen als Obdachlose, also tatsächlich ohne Dach über dem Kopf, auf der Straße schlafen müssen, mit allen damit verbundenen Folgen. Allein in diesem Winter ist fast wieder ein knappes Dutzend Menschen an der Kälte verstorben; sie sind erfroren. Seit der Wiedervereinigung sind es Schätzungen zufolge über 300, und das alles in einem entwickelten reichen Land wie der Bundesrepublik Deutschland.

Wie kann aber eine effektive Hilfe aussehen, wo drückt der Schuh am stärksten, gibt es besondere Bedürfnisse, die wir berücksichtigen müssen? Aktuell fehlt es tatsächlich sogar an verlässlichen validen Zahlen, so wenig ist das Problem im Fokus.

Auf eine Kleine Anfrage der Grünen zum Thema „Wohnungslosigkeit“ im letzten Oktober antwortete die Bundesregierung, man verfüge aufgrund der unzureichenden und ungesicherten Erkenntnisse über keine Anhaltspunkte für politische Maßnahmen. Mich macht das persönlich fassungslos.

Da wird seit vielen Jahren über eine amtliche Statistik gestritten: zu bürokratisch, zu teuer, zu aufwändig sind oft die Argumente. Derweil erfrieren Menschen draußen auf der Straße. Großbritannien ist weiter und beweist, dass es geht. Auch Hamburg und Berlin haben sich bereits auf den Weg gemacht, Licht ins Dunkel zu bringen und den Bedarf dieser Menschen nicht nur besser, sondern überhaupt zu erfassen.

Ja, NRW ist ein bevölkerungsreiches Flächenland und schwer mit Hamburg und Berlin zu vergleichen. Die Nöte der Menschen auf der Straße sind hier aber deswegen nicht kleiner.

Lassen Sie uns auch diejenigen sehen, die selbst keine Lobby haben, und auch dort hinschauen, wo andere vielleicht schnell vorbeihuschen. Lassen Sie uns valide Zahlen und Fakten schaffen, damit wir uns endlich darüber unterhalten können, was bei uns schiefläuft und wie wir auch diesen Menschen helfen können.

Sie haben vielleicht aus der Presse mitbekommen, dass heute im Bundesrat beschlossen wurde, endlich einheitlich Wohnungslosigkeit zu erfassen. Das ist für Nordrhein-Westfalen jetzt nicht so wichtig. Denn hier werden die Wohnungslosen seit einiger Zeit schon strukturell erfasst. Tatsache ist aber, auch an diesem Gesetzesvorhaben wird wieder kritisiert, dass die tatsächlich Obdachlosen weiterhin in der Statistik fehlen.

Es bleibt festzuhalten, dass wir uns diesem Problem zuwenden müssen. Selbst wenn jetzt auf Bundesebene nach einer Lösung gesucht wird, können wir nicht bis 2022 warten, bis man dort anfängt, tatsächlich mit Lösungen um die Ecke zu kommen. Bis dahin sind wieder viele Menschen bei uns erfroren; bis dahin sind viele Menschen an den Folgen der Obdachlosigkeit verstorben. Bitte nehmen Sie sich an dieser Stelle ein Herz, und diskutieren Sie mit mir zumindest offen dieses Problem. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Vincentz. – Für die Fraktion der CDU hat Frau Kollegin Gebauer das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Katharina Gebauer^{*)} (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die AfD fordert mit dem vorliegenden Antrag die Einführung einer amtlichen Statistik der Obdach- und Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen. Als Vorbild soll die Berliner „Nacht der Solidarität“ dienen. Dabei verkennen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Nordrhein-Westfalen als Flächenland nicht mit dem Stadtstaat Berlin oder anderen Millionenstädten vergleichbar ist.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Die Landesregierung tut schon heute vieles dafür, um Wohnungs- und Obdachlosigkeit in unserem Land zu bekämpfen. Die von Ihnen genannten Projekte und Hilfsprogramme wie „Endlich ein ZUHAUSE“ und die Erhöhung der Kältehilfen für Obdachlose sind nur ein kleiner Ausschnitt aus dem, was die Landesregierung bereits auf den Weg gebracht hat. In den letzten Jahren wurde hier bereits viel erreicht.

Eine weitere Statistik löst jedoch die Probleme der Wohnungs- und Obdachlosen nicht. Aber die Frage

ist, ob eine Statistik vielleicht eine Hilfe sein kann, um Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu vermeiden oder zu verhindern. Als CDU-Fraktion sind wir der Auffassung, dass die Erstellung einer weiteren Statistik eine Scheinlösung eines realen Problems ist, denn Obdachlose brauchen konkrete Hilfe.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Rücklagen!)

Die Sozialgesetzbücher garantieren jedem Hilfsbedürftigen die finanziellen Mittel für eine angemessen ausgestattete Wohnung. Die Kosten für Unterkunft und Heizung werden im Notfall getragen. In Deutschland muss niemand obdachlos sein. Auch Mietschulden übernimmt im Notfall der Staat. Es ist der Sozialstaat, der den wohnungs- und obdachlosen Menschen in Deutschland hilft.

Als Sozialpädagogin weiß ich, wie wichtig es ist, möglichst früh dafür zu sorgen, dass ein Abrutschen in die Obdachlosigkeit gar nicht erst stattfindet.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sehr richtig!)

Die Gründe für Obdachlosigkeit liegen oft darin, dass die Betroffenen ihre Angelegenheiten mit Ämtern und Gläubigern nicht mehr sinnvoll geregelt bekommen. Es ist ihnen einfach alles über den Kopf gewachsen: Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Erziehungsprobleme etc. führen zu Frustration bis Depression. Viele Menschen haben Angst, Briefe zu öffnen. Es sind meist Mahnungen. Viele haben Angst, die Wohnungstür zu öffnen, da es ein Gerichtsvollzieher oder ein Inkassounternehmen sein könnte.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Psychische und psychosomatische Erkrankungen entstehen, und die Betroffenen fühlen sich in der Opferrolle. Der Umgang mit Behörden und Vermietern wird zur größten Hürde, die allein kaum noch zu bewältigen ist. Viele Betroffene entwickeln eine verzerrte Wahrnehmung: Sie sind sich ihrer Eigenverantwortung nicht mehr bewusst.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie sehen den Vermieter, die Ämter, die Banken, die Kinder und die Gläubiger als die Schuldigen für ihre Situation. Genau hier müssen wir ansetzen: Wir müssen die Menschen bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme unterstützen.

Wir müssen aber auch Bürokratie abbauen. Artikel 1 unseres Grundgesetzes legt fest: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Wir sind uns wohl alle einig, dass es zu einem menschenwürdigen Leben gehört, ein Dach über dem Kopf zu haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb halten wir entsprechende finanzielle Mittel im Sozialhaushalt bereit. Wir unterstützen beispielsweise Wohnheime, die ein Weg aus der Obdachlosigkeit sein können. Wir versuchen durch konkrete Sozialpolitik, Menschen in Notlagen zu helfen oder

Notlagen erst gar nicht entstehen zu lassen. Aber eine Statistik ohne Aussagekraft bietet natürlich keinen Hinweis auf Problemlösungen. Wir halten daher den Antrag der AfD nicht für zielführend.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Darüber hinaus würde eine solche Erhebung unter praktischen Mängeln leiden.

Als CDU stehen wir für eine gute Sozialpolitik. Wir helfen den Wohnungs- und Obdachlosen, indem wir versuchen, sie in ihrer Notlage aufzufangen und es gar nicht erst so weit kommen zu lassen. Dazu gehören finanzielle Hilfen sowie karitative Einrichtungen. Wir werden aber keine Statistik auf den Weg bringen, deren Aussagekraft nicht über die einer Schätzung hinausgehen würde. Deshalb lehnen wir den Antrag der AfD ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Gebauer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Butschkau das Wort.

Anja Butschkau (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich den vorliegenden Antrag der AfD las, ging es mir wie häufig bei deren Anträgen. Ich stellte mir die Frage, ob Sie wirklich so ahnungslos sind, weil Sie nicht wissen, was in den Kommunen passiert. Oder ist es vielmehr Arroganz gegenüber den Kommunen und den in diesem Feld tätigen Trägern, Initiativen und Wohlfahrtsverbänden? Meinen Sie denn wirklich, dass diese nicht wissen, wen und wie viele Menschen sie betreuen?

Ich kann Ihnen versichern: Die in den Kommunen Tätigen wissen das ganz genau, weil sie nämlich mit den Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, sprechen,

(Markus Wagner [AfD]: Ja, dann haben wir ja eine Statistik!)

aber auch mit den Akteurinnen und Akteuren der Obdachlosenhilfe, also mit den Menschen, die ihnen unterstützend zur Seite stehen.

(Markus Wagner [AfD]: Dann haben wir ja Zahlen! Das ist ja prima!)

In Dortmund, in der Stadt, in der ich lebe, gibt es beispielsweise einen Steuerungskreis, in dem sich alle Akteurinnen regelmäßig treffen, einschätzen, wie die Lage ist, und die Unterstützungsangebote darauf ausrichten.

Wenn wir über das Thema „Obdachlosigkeit“ sprechen – und das haben wir in den letzten Monaten hier wiederholt getan –, dann macht es auch Sinn, sich

die Vielseitigkeit von Obdach- und Wohnungslosigkeit vor Augen zu halten. Nicht jeder Mensch ohne eigene Wohnung lebt auf der Straße. Und wer auf der Straße lebt, tut dies aus unterschiedlichsten Gründen. Die sozialen, ökonomischen, gesundheitlichen und psychischen

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

– hören Sie doch einfach mal zu; vielleicht können Sie noch etwas lernen –

(Beifall von der CDU und der FDP – Markus Wagner [AfD]: Sie haben nicht zugehört!)

Problemlagen sind sehr heterogen. Keinen dieser Menschen dürfen wir im Stich lassen.

Obdachlose Menschen haben Rechte. Sie haben ein Recht auf staatliche Unterstützung, auch aus dem SGB II. Und damit sie diese erhalten, werden sie unterstützt: von den eben genannten Akteurinnen, aber auch vom Jobcenter und vom Sozialamt, die regelmäßig zu deren Treffpunkten und in die Einrichtungen gehen und sie dort über ihre Rechte aufklären.

Die Hilfeempfängerinnen werden statistisch erfasst. Sie sehen, manchmal hilft ein Gespräch mit den Verantwortlichen vor Ort, um schlauer zu werden.

(Beifall von der SPD)

Wenn man nicht sprechen will, weil skandalisieren einfacher ist, dann hilft ersatzweise ein Blick ins Netz.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Ruhig!)

Da sind die Hilfsangebote für Obdachlose aufgeführt.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Butschkau ...

Anja Butschkau (SPD): Solchen Hilfsangeboten liegt in der Regel eine Sozialplanung zugrunde, die den Bedarf vorher ermittelt hat.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin ...

Anja Butschkau (SPD): Ich würde grundsätzlich dafür plädieren, nicht die Backen aufzublasen, weil man von irgendeinem Problem in der Zeitung liest,

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

und dann daraus einen Antrag zu schneiden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Vincentz.

Anja Butschkau (SPD): Nein. Ich mache das jetzt erst mal zu Ende hier.

(Zurufe von der AfD)

Sich dann auf Probleme zu schmeißen, ohne zu wissen, was wirklich los ist,

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

das ist eine politische Bankrotterklärung.

Sie wissen nicht, was in den Kommunen an Hilfestellung geleistet wird, pumpen sich aber im Parlament auf. Das ist einfach nur peinlich und wird der Bedeutung dieses Themas nicht gerecht.

Zum Projekt „Nacht der Solidarität“: Die Zählung in Berlin – das wissen wir alle – hat nicht nur Jubel hervorgerufen. Ob sie letztendlich erfolgreich war, kann ich nicht beurteilen. Die Behauptung allein, dass sie erfolgreich war, ist für mich allerdings keine Grundlage meiner politischen Entscheidungen.

(Beifall von der SPD)

Zahlen können auch anders erfasst werden, dafür muss ich keine ehrenamtlichen Helferinnen durch die Gegend schicken.

Außerdem lenken Sie von etwas ganz anderem ab: der generell hohen Zahl wohnungsloser Menschen, die seit Jahren steigt, unabhängig davon, ob sie auf der Straße, bei Freunden, Bekannten oder ihrer Familie schlafen.

Die katastrophalen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt in vielen Großstädten treffen vor allem die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Das heißt, wir müssen wirklich etwas dafür tun, den öffentlichen Mietwohnungsbau voranzutreiben und bezahlbaren Wohnraum für diese Zielgruppe zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die AfD täte gut daran, mit solchen Showanträgen nicht unsere Zeit zu stehlen.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Wir brauchen kein Vorgaukeln von Betroffenheit; wir brauchen auch keine Symbolpolitik, die zu nichts führt.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Deshalb lautet meine Aufforderung an die Abgeordneten der AfD: Machen Sie Ihre Hausaufgaben!

(Markus Wagner [AfD]: Arbeiter- und Obdachlosenverräter!)

Beschäftigen Sie sich intensiv und sachlich mit dem Thema „Obdachlosigkeit“ und beziehen Sie die Menschen mit ein, die Ahnung von dem Thema haben.

Ihre Arroganz und Ahnungslosigkeit bin ich leid, und ich bin nicht länger bereit, Ihnen sozialpolitische

Nachhilfe zu geben. – Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall von der SPD – Lachen von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Butschkau. Sie haben das Signal gesehen; es ist eine Kurzintervention der AfD-Fraktion für Herrn Abgeordneten Dr. Vincentz angemeldet worden, der jetzt für 90 Sekunden das Wort erhält. – Bitte sehr.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Butschkau, ich möchte Ihr Geschrei gar nicht groß aufwerten. Nur eine Anmerkung, da Sie uns ja Nachhilfe gegeben haben: Wohlfahrtsverbände, beispielsweise in Berlin, wo die „Nacht der Solidarität“ stattgefunden hat, haben sich fast ausnahmslos für diese Methode eingesetzt.

Wenn es darum geht: Sprechen Sie doch erst mal mit den Verbänden, die tatsächlich vor Ort arbeiten. Die sagen seit Längerem, dass es Nachholbedarf gibt, und sprechen sich, wie gesagt, fast geschlossen für dieses Mittel aus. Wenn Sie sagen, wir hätten Nachholbedarf, sollten Sie sich Ihrer sozialen Verantwortung vielleicht erst mal wieder bewusst werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Anja Butschkau (SPD): Ich möchte das gar nicht kommentieren und lasse das so stehen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD] – Gegenruf von Anja Butschkau [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das ist das Recht eines jeden Redners. – Jetzt hat als nächster Redner für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Lenzen das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bei meiner letzten Plenarrede festgestellt, dass es bei fast 30 Reden nur einen Antrag der AfD gab, zu dem ich zum Bereich „Arbeit und Soziales“ sprechen durfte. Das hat die AfD vielleicht als Aufforderung empfunden.

Das haben Sie jetzt aufgegriffen. Das Thema ist nicht neu, wir haben es hier schon über viele Jahre hinweg sehr intensiv behandelt, auch im Fachausschuss. Ich selbst darf es seit der Regierungsübernahme im Jahr 2017 als sozialpolitischer Sprecher mitbehandeln.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Ich habe mir den Antrag angeschaut und meine, dass er nicht umfassend ist.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Auf der einen Seite wollen Sie sich den Koalitionsfraktionen etwas anbieten, auf der anderen Seite greifen Sie eine Aktion einer linken Berliner Sozialsektorin auf. Eigene Ideen der AfD im Bereich der Sozialpolitik – Fehlanzeige.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie auch?)

Man kann den Antrag dreimal hin- und herwenden und rauf- und runterlesen, aber mehr findet man nicht.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

– Beruhigen Sie sich doch. Ich rede auch in ganz ruhigem Ton und will mich sachlich damit auseinandersetzen.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Vielleicht haben Sie es nicht mitbekommen, aber die NRW-Koalition aus FDP und CDU sowie Minister Laumann haben dem Thema „Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit“ seit Regierungsübernahme im Jahr 2017 ganz klar den Kampf angesagt. Das ist ein Schwerpunkt unserer Sozialpolitik.

(Beifall von der CDU und Susanne Schneider [FDP])

Das lässt sich bei einem Blick in den Haushalt auch durch Fakten belegen. Ich weiß, mit Fakten kann ich Ihnen nicht kommen,

(Markus Wagner [AfD]: Sie haben ja keine!)

aber ich versuche es mal.

Wenn Sie in den rot-grünen Haushalt für das Jahr 2017 geschaut hätten, hätten Sie gesehen, dass dort 1 Million Euro für diesen Bereich eingestellt war. Das haben wir in mehreren Schritten, auch mithilfe von Haushaltsanträgen von CDU und FDP, auf über 7 Millionen Euro erhöht. Der letzte Haushaltsänderungsantrag war mir eine besondere Herzensangelegenheit, da wir mit diesem zusätzlich 250.000 Euro zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hineingenommen haben. So haben wir das Schritt für Schritt aufgebaut.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege ...

Stefan Lenzen (FDP): Der Minister hat ausgeführt, dass die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE“ auf den Weg gebracht worden ist.

Es gibt verschiedene Schwerpunkte. Wir haben das Schwerpunktthema „wohnungslose Frauen“ diskutiert. Bei den Themen „Suchterkrankungen“ und

(Markus Wagner [AfD]: Wir reden doch von Obdachlosen! Das ist ein Unterschied!)

„ältere Obdachlose“ wurden ebenfalls Schwerpunkte gesetzt. Das wird fortlaufend ausgeweitet und voran gebracht.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Lenzen, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Dr. Vincentz.

Stefan Lenzen (FDP): Ja, gerne. Bitte.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Sie haben gerade völlig folgerichtig ausgeführt, dass eine haushalterische Erhöhung der Mittel stattgefunden hat. Wie erklären Sie sich denn, dass die Zahl der Wohnungslosen im gleichen Zeitraum trotzdem um 50 % zugenommen hat?

Stefan Lenzen (FDP): Ich meine, wenn ich meine Rede fortführen würde, bekämen Sie Ihre Antwort auch; aber ich versuche es mal jetzt in aller Kürze.

Wie von den Vorrednern gehört, sprechen wir in NRW mit den Menschen vor Ort, den Verbänden und den Kommunen, also mit allen Beteiligten. Es ist logisch, dass es zu umso höheren Zahlen kommt, je genauer die Erhebung bzw. die Statistik mit fortlaufender Zeit wird.

Da sind wir wirklich in einer Vorreiterrolle in NRW. Wir haben ja schon – vielleicht ist Ihnen das entgangen – seit 1965 eine jährliche Wohnungslosenstatistik. Wir haben auch in all den Debatten mitbekommen, dass wir rein bei der Erhebung schon eine Vorreiterrolle einnehmen. Aber das ist eben nur die eine Seite der Medaille.

Die andere ist doch viel entscheidender, nämlich dass wir als regierungstragende Fraktionen mit dem Minister handeln und schauen müssen: Wie können wir dem Ganzen entgegenwirken und das bekämpfen? Denn klar ist: Steigende Zahlen können doch keinen hier zufriedenstellen. Ich habe auch noch nie jemanden hier im Hause gehört, der das toll findet. Letzten Endes ist es doch jetzt wichtig, konkret darüber zu sprechen: Wie können wir da gegensteuern? Genau das machen wir aber schon länger. Dafür brauchen wir diesen AfD-Antrag nicht. Das machen wir schon seit Jahren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir benennen die Sachen klipp und klar, wir gehen sie an. Ich erinnere mich an sehr sachliche Diskussionen und auch Beiträge aus den Oppositionsreihen

von SPD und Grünen. Bei dem einen oder anderen Antrag hatte ich immerhin den Eindruck: Da hat man Ideen, und da will man sich auch sachlich an einer Lösung beteiligen. Das habe ich bei Ihrem Antrag leider vermisst.

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

Bei der Umsetzung müssen wir die unterschiedlichen Akteure – ich habe sie genannt: Kommunen, Jobcenter, die Wohnungswirtschaft, die Wohlfahrtspflege und die Zivilgesellschaft – einbinden. Da stehen einmal die präventiven Angebote im Vordergrund, damit es erst gar nicht zu Wohnungsverlusten kommt.

Wir haben über das Thema „Mietschulden“ gesprochen. Wie kann man damit umgehen? Wie können wir auch zusätzlichen Wohnraum für wohnungslose Menschen zur Verfügung stellen?

So ist es richtig, dass wir zum Beispiel in den 20 von Wohnungslosigkeit besonders betroffenen Städten und Kreisen das „Kümmerer“-Projekt auf den Weg gebracht haben mit mehr als 50 Sozialarbeitern und Immobilienkaufleuten, die den Job haben, wohnungslosen Menschen praktische Hilfe zu leisten.

(Markus Wagner [AfD]: Wohnungslosen oder Obdachlosen?)

Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich habe es kurz angerissen: Wir haben – das verkennen Sie in Ihrem Antrag – in NRW schon eine Erhebung der Daten zur Wohnungslosigkeit. Da sind wir bereits führend. Seit 1965 haben wir die jährliche Wohnungslosenstatistik. Seit 2011 haben wir als bisher einziges Bundesland eine neugestaltete integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung. Ich kann Ihnen nur empfehlen, die zu lesen. Ich habe sie mir durchgelesen. Die verschafft uns wirklich einen sehr tiefen Einblick. Da hat NRW eine Vorreiterrolle. Das haben andere Bundesländer nicht. Wir sind also schon sehr tief in der Materie und in der Erfassung und Erhebung der Daten.

Beim Thema „Wohnungslosigkeit“ ist es wichtig, neben den Kommunen auch mit den freien Trägern zu reden. Wo wird stationär oder ambulant betreut? Die Stichtagserhebung findet immer zum 30. Juni statt. Da haben wir eine Rücklaufquote von über 90 %. Wir wissen also schon sehr gut über die Situation der Wohnungslosen Bescheid. Wir wissen mehr, als es in Berlin der Fall ist.

(Markus Wagner [AfD]: Sie kennen den Unterschied nicht einmal!)

– Herr Wagner, vielleicht hören Sie mir beim letzten Absatz meiner Rede noch zu. Das könnte helfen.

(Markus Wagner [AfD]: Dann habe ich es endlich überstanden! Meine Güte!)

Ich gestehe zu: Es gibt eine Gruppe, die wir bisher nicht erfasst haben. Das sind aber die Menschen, die

auf der Straße leben, die bisher keine Hilfsangebote angenommen haben, sie also nicht wahrnehmen, die sich vielleicht auch nicht in irgendeiner Form kontrollieren lassen wollen, die Hilfe vielleicht ablehnen und die wir bisher noch nicht in irgendeiner Form erfassen oder registrieren konnten. Da muss man ein bisschen vorsichtig sein. Es gab auch viel Kritik an dieser Berliner Aktion. Das wollen manche Menschen einfach nicht.

Wir müssen jetzt überlegen: Wie können wir unsere Wohnungslosenstatistik im Hinblick auf diese Menschen, die bis jetzt noch nicht erfasst werden konnten, mit sinnvollen Maßnahmen erweitern?

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Daran arbeiten wir.

Wir werden der Überweisung des Antrags natürlich zustimmen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Stefan Lenzen (FDP): Dann werden wir uns auch weiter sachlich damit auseinandersetzen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lenzen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Das Entscheidende hat der Kollege Lenzen kurz vor Ende seiner Rede gesagt: Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland, das die beste Berichterstattungs- und Erhebungspraxis von allen Bundesländern hat.

Wenn sich die AfD an der Anhörung zu unserem Antrag Drucksache 17/5384 „Wohnungslosigkeit von Frauen entgegenwirken – Hilfeangebote flächendeckend ausbauen – Ursachen beseitigen“ auch kognitiv beteiligt hätte, hätte sie feststellen können, dass gerade die BAG Wohnungslosenhilfe Nordrhein-Westfalen ausdrücklich attestiert hat, dass wir das beste System haben, und zwar das einzige bundesweit. Sie hat scharf kritisiert,

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

dass die anderen Bundesländer so ein System nicht haben und dass der Bund das auch nicht hat. Das ist doch erst einmal die Ausgangslage.

Dann kommen wir zu Berlin. In Berlin werden die Menschen auf der Straße gezählt. Da kann man sich schon einmal darüber unterhalten, ob es der Würde der Menschen angemessen ist, das so zu machen.

(Beifall von Regina Kopp-Herr [SPD])

Wir haben eine Erfassungsquote von gerade mal einem Drittel derjenigen, die auf der Straße leben. In Paris beispielsweise sind 2.600 Freiwillige in Fünfer-teams unterwegs, und die Obdachlosen machen sich zum Teil Gedanken darüber, was mit ihren Daten passiert.

Aber zurück zur Ausgangslage: Die AfD hat sich mit der Sachlage überhaupt nicht auseinandergesetzt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie immer!)

Sie hat bei der Anhörung offensichtlich entweder gefehlt oder sie nicht verstanden, das nicht aufgreifen wollen, oder es gab eine Anweisung von der Fraktionspitze, es irgendwie anders zu machen.

(Andreas Keith [AfD] geht auf das Präsidium zu.)

Das sei vielleicht auch mal gestattet: Es gibt Telefone in den Schubladen der Tische, um eine Kurzintervention anzumelden oder andere Dinge zu machen. Das ist so ein Tastentelefon. Da muss man nur draufdrücken. Dann kann man hier das Präsidium anwählen. Ich finde es völlig unangemessen, dass Sie hier immer während der Sitzung die Redner stören und zum Präsidium gehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das kann man auch anders lösen.

Aber zurück zum Parlamentarischen: Die AfD-Fraktion setzt sich damit nicht auseinander. Inhaltlich ging es mir wie dem Kollegen Lenzen. Ich habe den Antrag auch dreimal geschüttelt und geguckt: Was sind denn die sozialpolitischen Ansätze der AfD in der Obdachlosenpolitik? – Null, nada, gar nichts.

Herr Tritschler und die AfD konnten gerade noch die Kurve kriegen und haben nicht wieder auf die Einwanderung angespielt. Aber eines ist richtig: Die Zuwanderung in den letzten fünf Jahren ist ein wesentlicher Grund für den Anstieg der Wohnungslosigkeit. Wir müssen uns sehr intensiv mit der Frage auseinandersetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und zwar auf einem fachlich hohen Niveau, wie das andere Fraktionen in diesem Landtag tun.

Die AfD trippelt hinterher, ruft nach einer Statistik, die es schon längst gibt, und setzt sich mit den Fragen nicht auseinander. Inhaltlich will sie auch gar nichts für die Obdachlosen tun. Das ist heute wieder mehr als deutlich geworden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mostofizadeh. – Als nächster

Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was die Statistik zur Wohnungslosigkeit angeht, ist es richtig, dass der Bund das macht, was wir schon lange machen; er berät darüber. Wenn 92 % der Kommunen an der statistischen Erfassung teilnehmen, das alles sehr gut beantworten, dann können wir froh sein, dass auch unsere Kommunen für das Thema sensibilisiert sind und die Daten in diesem Umfang zur Verfügung stellen.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Denn Sie müssen eines sehen: Welcher Bürgermeister unterschreibt gerne eine Meldung an irgendjemanden, in der steht, wie groß das Problem in seiner Gemeinde ist? Das größte Problem bei der Obdachlosigkeit ist, dass wir es politisch nicht gerne offen behandeln.

Der zweite Punkt ist – und das muss man auch ganz klar sagen –: Wer nicht ordnungsbehördlich untergebracht ist, wer bei keinem freien Träger der Wohnungslosenhilfe in Erscheinung tritt, aber trotzdem auf der Straße lebt, den können wir nicht zählen. Damit sich das ändert, habe ich schon bei der Vorstellung der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE“ am 27. Juni 2019 hier im Plenum darauf hingewiesen, dass ich unsere bisherige, vornehmlich quantitativ ausgestattete Landestatistik erweitern möchte und prüfen lassen werde, wie die Menschen, die obdachlos sind und auf der Straße leben, zukünftig besser erfasst werden können.

Ich halte es für wichtig, dass wir das wissen. Denn die Wahrheit ist, dass die Menschen, die wir erfassen, nicht obdachlos sind. Wir werten jeden in der Statistik als wohnungslos, der keinen eigenen Mietvertrag hat. Das heißt, alle Menschen, die in kommunalen Wohnungen, zum Beispiel für die Flüchtlinge, ein Dach über den Kopf haben, Wohnraum haben, sind natürlich in dieser Statistik.

Der harte Kern aber, der wirklich nachts nicht weiß, wo er hingehen soll, ist zum Teil nicht in dieser Statistik. Es ist natürlich wichtig, zu wissen, wie viele Menschen das sind, wie groß das Problem ist, mit welchen Hintergründen sie kommen. Sind das zum Beispiel Armutsflüchtlinge aus Osteuropa, die hier gestrandet sind, die auf dem Arbeiterstrich auf Beschäftigung warten, aber kein Geld mehr haben, um nach Hause zu kommen?

Wir müssen die Dinge so sehen, wie sie sind. Deswegen sind wir in Gesprächen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, ob wir eine Obdachlosenbefragung durchführen können. So etwas in einer Stadt wie Hamburg oder Berlin zu machen – ich will

hier nicht über deren Konzepte streiten –, ist etwas anderes, als wenn man das in einem so großen Flächenland wie Nordrhein-Westfalen macht, schon alleine von der Aufgabe her.

Ein adäquates Befragungsformat für ein Flächenland wie Nordrhein-Westfalen gibt es zurzeit noch nicht. Vor diesem Hintergrund lasse ich derzeit in einem ersten Schritt ein Konzept erarbeiten, das auf Nordrhein-Westfalen anwendbar ist, um obdachlose Menschen in Nordrhein-Westfalen besser erfassen zu können. Vor allem müssen die Unterschiede von städtischen und ländlichen Strukturen abgebildet werden. Denn eines ist klar – und daran wollen wir arbeiten –: Jeder wohnungslose Mensch ist einer zu viel.

Der dritte Punkt ist: Ich bin in den letzten Wochen bei sehr vielen Initiativen gewesen, die sich um dieses Thema kümmern. Ich bin stolz darauf, dass diese sagen: Wir merken, dass dieses Thema von der jetzigen Landesregierung sehr ernst genommen wird. Wir merken, dass viele Aufgaben gebündelt worden sind, etwa Drogenhilfe, Wohnungslosenberatung, das Projekt „Kümmerer“, die Vereinbarungen mit der Wohnungswirtschaft. Ich bin auch sehr dankbar dafür, dass die Stiftung Wohlfahrtspflege – das ist eine Parlamentsstiftung – gesagt hat: Wir können uns vorstellen, in die Infrastruktur für obdachlose Menschen stärker zu investieren. – Denn am Ende wird man bauen müssen, um für diese Menschen etwas zu erreichen.

Bei Gesprächen mit Obdachlosen stellt man jedoch fest, dass sie manchmal sagen: Wohnung, das weiß ich gar nicht, aber ich hätte gerne eine Stelle, wo ich zum Beispiel etwas wegschließen kann, damit ich weiß, dass mir das keiner wegnimmt. – Hygienezentren spielen eine Rolle, wo man mal duschen kann.

Das ist also ein vielschichtiges Thema. Da gibt es keine Schablone, die auf die Vielfältigkeit dieser Menschen passt. Deswegen finde ich es schön, dass es in Nordrhein-Westfalen ganz viele Leute gibt, die sich beruflich, aber auch ehrenamtlich um das Problem in ihren Gemeinden kümmern, und es dort ganzheitliche Ansätze gibt. Wir werden weiter daran arbeiten, die Strukturen für diese Menschen zu verbessern.

Aber wahr ist auch: Wir brauchen Wohnraum. Es nützt nichts, den ganzen Tag über sozialen Wohnungsbau zu sprechen, sondern es geht auch um die Fragen: Sind die Leute mietfähig? Wie bekommen wir es hin, dass die Wohnungsbesitzer keine Angst haben, jemanden, der wohnungslos war, in die Wohnung zu lassen? Wie können wir das begleiten? Deswegen haben wir das „Kümmerer“-Projekt gemacht. Und Sie sehen an den Haushaltszahlen, dass wir in erheblichem Umfang Geld in die Hand nehmen, um das Problem anzugehen.

Sie können davon ausgehen, dass mich vor dem Hintergrund meines Menschenbilds und Weltbilds dieses Thema nicht in Ruhe lässt. Aber man muss auch die Realität sehen, wie diese Menschen sind und wie sie strukturiert sind. Wir können sie uns nicht so machen, wie wir wollen, sondern wir müssen individuell auf die Probleme eingehen und versuchen, deren Lebenssituation ein Stück weit zu verbessern. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Der guten Ordnung halber weise ich auf die Redezeitüberschreitung der Landesregierung von einer Minute hin. – Es bleibt aber dabei, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Dann schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrats, den **Antrag Drucksache 17/8587** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend – sowie an den **Ausschuss war Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich frage, wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Gibt es Kolleginnen und Kollegen, die dagegenstimmten wollen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es jemanden, der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 11. März 2020, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen schönen und arbeitsreichen Nachmittag und ein erholsames Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:00 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.